Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Rochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 112. — Halle, Dienstag den 9. Oktober 1917. — 1. Jahrgang.

Wie lange noch?

Als die Reichstagssitzung am letzten Sonnabend schloß, wußte kein Mensch, wie die Regierung des Dr. Michaelis politisch und moralisch ihre Existenz weiter fristen sollte. Die sozialdemokratische Interpellation über die alldeutsche Agitation im Heere hatte auf der Tagesordnung gestanden, sie war von Genossen Landsberg mit einer erdrückenden Fülle des Materials begründet und von andern Rednern der Mehrheit unterstützt worden. Michaelis aber war nicht da, und seine beiden Vertreter, der Kriegsminister v. Stein und Helfferich, haten so unglücklich wie möglich abgeschnitten. Ein Antrag der Unabhängigen lag vor, zu erklären, daß die Beantwortung der Interpellation durch die Regierung den Anschauungen des Hauses nicht entspreche, und es war unmöglich, diesen Antrag abzulehnen, solange die Regierung nicht ganz andre weitaus befriedigendere Erklärungen abgegeben hatte, als sie soeben aus dem Munde der beiden Stellvertreter vernommen worden waren.

Eine Krise war also da,

und nur die Vertagung des Hauses hat verhindert, daß sie augenblicklich zum Ausbruch kam.

Wahrscheinlich wird der Reichskanzler jetzt doch persönlich erscheinen und eine Beruhigungs-Erklärung abgeben. Diese Erklärung so zu formulieren, daß sie den Reichstag wirklich befriedigen kann, dürfte, so sollte man wenigstens meinen, nicht allzuschwer sein. Der Reichskanzler braucht sich nur daran zu erinnern, daß der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli in seinem zweiten Teil alles enthält, was man braucht, um den Verteidigungswillen des Volkes in Waffen und daheim aufrechtzuerhalten. Andre „Richtlinien“ zur Aufklärung der Armee brauchen gar nicht gesucht zu werden. Der Reichskanzler kann also rückhaltlos im Reichstag erklären, daß die Aufklärung der Armee im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli erfolgen werde. Er kann hinzufügen, daß in der Armee Hetzereien gegen die Politik des Reichstags, die auch die seine sei, nicht geduldet werden würden. Gäbe der Reichskanzler eine solche Erklärung ab, so würde dadurch die gegen ihn eingebrachte

Mißbilligungs-Resolution

gegenstandslos.

Inzwischen haben nun am Sonntag mehrstündige Besprechungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien unter Teilnahme von Vertretern der nationalliberalen Partei stattgefunden, die die Stellungnahme der Parteien für den weiteren Verlauf der gegenwärtigen Tagung des Reichstags beriet. Man ist, nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu folgenden Entschließungen gelangt: Die Interpellationsdebatte, die zunächst für Montag das Plenum beschäftigen sollte, soll vertagt werden; die in ihr so strittig gewordenen Fragen sollen zunächst am Dienstag vormittag den Hauptausschuß beschäftigen. Zu dieser Sitzung ist das Erscheinen des Reichskanzlers dringend gefordert worden; man nimmt an, daß der Reichskanzler der Aufforderung Folge leisten wird. Der Nachtragsetat, der bekanntlich Helfferichs neue Stellung enthält, wird zunächst von der Tagesordnung abgesetzt und ebenfalls an den Hauptausschuß verwiesen werden. Auf diese Weise glaubt man, nach dem genannten Blatte, einerseits, am besten irgendwelcher innerpolitischen Beunruhigung vorzubeugen, und anderseits erwartet man für Dienstag eine klare Stellungnahme des Kanzlers zu den in den Verhandlungen vom Sonnabend aufgeworfenen Fragen. Der Kanzler selbst ist am Sonnabend abend ins Hauptquartier gefahren, und soll am Montag wieder in Berlin eintreffen.

Das Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen, wenn anders das Berliner Blatt es richtig wiedergibt, scheint uns nicht der Wichtigkeit der Lage zu entsprechen. Hier

hilft keine Kulissenarbeit,

sondern es muß ganz deutlich und ganz offen geredet und gehandelt werden. Was an Beunruhigung der Oeffentlichkeit erzielt werden kann, ist durch die Agitation der Alldeutschen bereits erreicht worden. Durch Verlegung der Erörterungen hinter die verschlossenen Türen des Ausschußzimmers wird keine Beruhigung erzielt werden.

Ueber eins muß man sich allerdings klar sein: Die Annahme einer Mißbilligungs-Resolution gegen die Regierung muß entweder zum parlamentarischen Regime oder zu einer schweren Niederlage des Reichstags führen.

Es ist nicht schwer zu erraten, welche Art der Lösung uns Sozialdemokraten als die wünschenswerteste erscheint: Der Regierung die verdiente Mißbilligung auszusprechen, dann den Nachtragsetat in dritter Lesung ablehnen und erklären, daß künftig nur einer parlamentarischen Regierung Mittel bewilligt werden würden —, das wäre ein

ein klares und ausgezeichnetes Aktionsprogramm.

Ob aber für ein solches Aktionsprogramm Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei heute schon zu haben sind, ist äußerst fraglich. Voraussetzung für das Gelingen der Aktion ist aber eine feste Mehrheit, sonst verpufft die Aktion zu einer leeren Demonstration. Und dabei würde die Schwäche des Reichstags nicht weniger deutlich demonstriert werden als die Hilflosigkeit der Regierung.

Eine befriedigende Lösung des Konflikts, der am Sonnabend durch die maßlose Ungeschicklichkeit der Regierungsvertreter hervorgerufen worden ist, ist also nicht wahrscheinlich. Michealis aber hat — so oder so — mitsamt seinem Helfferich abgewirtschaftet. Es wäre am besten, er sähe das ein, und ginge schon jetzt. Wenn nicht, wie lange kann das noch dauern?

*

Wir lassen hier anschließend den ausführlichen Bericht über die wichtige Sitzung des Reichstags folgen:

Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation der Sozialdemokraten:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstags betrieben wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?

Verbunden hiermit wird der Passus aus der zweiten sozialdemokratischen Interpellation:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht von den stellvertretenden Generalkommandos einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird? Was gedenkt er gegen diese Mißbräuche zu tun?

Die Interpellation begründet

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Im Frieden ist als Grundsatz verkündet worden, daß das Heer dem Getriebe der politischen Parteien fernbleiben solle. Anscheinend ist dieser Grundsatz jetzt aufgegeben, allerdings nicht gänzlich. Ein Zirkular der Sozialdemokraten Groß-Berlins an die „Vorwärts“-Leser im Waffenrock wurde verboten, ebenso eine Broschüre des Abgeordneten Stücklen. Aber die Verbreitung von Bestrebungen, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, werden durch unzählige Kanäle ins Heer geleitet, und zwar unter hervorragender Mitwirkung derselben Behörden, die stets die Notwendigkeit der politischen Jungfräulichkeit des Heeres betont haben. Die Politisierungsbestrebungen im Heere nehmen überhand seit dem 19. Juli, den ich als einen

Ruhmestag des Reichstags

betrachte. Zwischen den höhern Militärbehörden und der neugegründeten Vaterlandspartei besteht ein Zusammenwirken zur Bekämpfung eines Verständigungsfriedens. Man weiß, daß die neue Partei mit dem schönen Namen eine alldeutsche Gründung ist. Die Führer dieser Partei sind ja politische Gründer. Der Alldeutsche Verband, der Wehrverein, der Flottenverein, der Kolonialverein, der Ostmarkenverein, die Unabhängigen Ausschüsse für einen deutschen Frieden, es sind immer dieselben Männer, nur die Firma wechselt. (Sehr richtig! links u. i. Ztr.) Wüßte man nicht, daß der Alldeutsche Verband hinter dieser Parteigründung steht, man würde es an der Anmaßung merken, die in ihrem Namen liegt. Er erinnert an die unangenehme Gepflogenheit, die von jener Seite vor dem Kriege geübt wurde, die Gegner der eignen verstiegenen Ideen als vaterlandslos zu bezeichnen. Nach 3 Jahren Weltkrieg, in denen das ganze Volk unerhörte Opfer gebracht hat, maßt sich eine Partei an, durch die Wahl der Firma zum Ausdruck zu bringen, daß bei ihr allein die Interessen des Vaterlandes in sicherer Hut sind, und an ihrer Spitze stehen Männer, die bisher unter dem Kriege noch nicht zu leiden gehabt haben. (Sehr richtig! links.) Sicherlich ist es nicht eine Partei von Kriegsinteressenten. (Widerspruch links.) Der Mangel an politischer Bildung — die Folge und Ursache unsrer Verfassungszustände — gestattet nicht, an der Ehrlichkeit irgendeiner politischen Tätigkeit zu zweifeln. Zweifellos sind sehr viele Idealisten

dieser Partei auf den Leim gegangen.

Diese fragen: Sollen denn die Opfer des Krieges nutzlos gebracht sein? Welche Frage! Sie sind gebracht für die Rettung Deutschlands. Unsre Liebe zum Vaterland geht so weit, daß wir nicht Kurland und dem Erzbecken von Longwy und Briey nachjagen wollen auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren. Wenn man auf den Bilderbogen jener Herren sieht, was Deutschland alles haben muß, um zu existieren, so wundert man sich, daß es uns vor dem Kriege doch so gut gegangen ist. Die Annexionisten sollten sich doch fragen, was wir mit den eroberten Ländern, gesetzt, wir könnten sie erobern, gewonnen hätten. Wir hätten dann, ganz im Gegensatz zu den Tendenzen Bismarcks, auf beiden Seiten eine widerwillige fremdsprachige Bevölkerung, denn das Talent zu moralischen Eroberungen haben wir nicht. (Sehr richtig! links.) Wir vergessen immer die Kleinigkeit, daß

auch andre Völker eine Seele

haben. Auch sollten die Vaterlandsfreunde bedenken, daß wir uns in Zukunft nur erhalten können durch Sprengung der jetzt gegenüberstehenden Koalition, die Annexionen im Osten und Westen aber wären das beste Mittel zu ihrer Festigung.

So viel zu den Idealisten in dieser Partei. Die leitenden Männer darin lassen sich zum Eintreten für die Verlängerung des Krieges dadurch nicht abhalten, daß der Krieg ihnen Vorteile bringt. (Unruhe rechts.) Die Kriegsgewinne dieser Herren gestatten ihnen, eine Zeitung nach der andern zu kaufen, um so eine Atmosphäre in Deutschland zu erzeugen, in der der richtige Kriegsgewinnler sich erst wohl fühlt. Die Herren haben die Erfahrung gemacht, daß man mit Ellbogenstößen weiterkommt als mit Zartheit des Gemüts, und diese Praxis übertragen sie ins politische Leben. Daher die ungeheure Reklame, daher aber auch die gelegentliche Drohung, keine Kriegsanleihe zeichnen zu wollen, wenn die Regierung nicht gewisse Erklärungen abgibt. (Hört, hört!) Diese Männer

rufe ich zur Scham auf.

(Lebhafter Beifall links.) Mit der Gründung der Vaterlandspartei bezwecken sie ganz dasselbe wie mit dem Ankauf der Zeitungen, mit der Schaffung eines Millionenfonds zur Verfälschung des öffentlichen Geistes. (Zurufe rechts: Unerhört! Links: Sehr wahr!) Die Vaterlandspartei versichert, sie wolle innern Zwist vermeiden. Seit ihrem Bestehen aber hat sie noch nichts andres begonnen als innern Zwist. Der Krieg wird Not und Elend im Gefolge haben, wie er auch ausgehen mag. Die Herren stellen uns Kriegsziele auf, an die sie selbst nicht glauben, um hinterher die Parteien des Reichstags für alles Elend im Gefolge des Krieges verantwortlich zu machen. Das haben die liberalen Männer, die bei ihnen sind, noch nicht begriffen. Der Ruf, die innern Gegensätze ruhen zu lassen, hätte ihnen doch zu denken geben sollen. Wir wollen schon im Kriege die Freiheit des deutschen Volkes vermehren, weil die Demokratie die Quelle der größten, gewaltigsten Kraft ist. (Lebh. Zustimmung links.) Zielbewußtsein und Selbstbeschränkung soll die deutsche Vaterlandspartei auszeichnen. Das Zielbewußtsein nehmen die Konservativen in Anspruch, die Selbstbeschränkung gilt für die Liberalen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Eine

Flut von persönlichen Beschimpfungen

hat sich aus den Kreisen dieser Partei über den Reichstag ergossen. Die Abgeordneten werden Feiglinge genannt, bezahlte Agenten des Auslandes. Diese Menschen können eben nicht begreifen, daß man sich politisch für etwas andres betätigt als für Geld. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt, auf dem das moralische Minimum liegt (stürmische Unterbrechungen rechts, lebh. Zustimmung links), nennt die Reichstagsmehrheit nicht anders als die Hungerfriedenmehrheit. **Es scheint beinahe, daß einem erheblichen Teile dieser Interessenten der Gedanke gar nicht unangenehm ist, daß das deutsche Volk hungert.** (Stürmische Unterbrechungen rechts, Zurufe: Schamlos!) Nun, umsonst hat Herr v. Heydebrand im Abgeordnetenhaus nicht seine Mahnungen an seine Klassengenossen gerichtet. Die Hungerfriedenmehrheit des Deutschen Reichstags kann über diese Beschimpfungen zur Tagesordnung übergehen. Wir wünschen selbstverständlich nicht, daß die Vaterlandspartei in ihrer Agitation eingeengt werde. Von den Alldeutschen gilt Bethmann-Hollwegs Wort, daß der Krieg ihren

Mangel an Einsicht ins Groteske gesteigert

hat. Den Kriegsverlängerern im Ausland könnte kein größerer Gefallen geschehen, als die Ernennung eines Parteigängers der Vaterlandspartei zum Reichskanzler. (Lebh. Zustimmung.) Ihre Bestrebungen sind nicht die des deutschen Volkes, das deutsche Volk will die Atmosphäre des Hasses dieser drei Jahre bannen, nicht zuletzt zum Wohle des Volkes selbst. Das deutsche Volk will dem Frieden die Bahn brechen. Die Vaterlandspartei lebt ausschließlich davon, daß unsre Feinde keinen Frieden der Verständigung schließen wollen. In dem Augenblick, wo das geschieht, gibt es keinen Reichskanzler, der sich nicht an den Verhandlungstisch setzt. Als Grund für die Stellung der Reichstagsmehrheit hat man die trostlose Lage Deutschlands bezeichnet. Das ist unerhört. Dadurch kann der Kriegseifer im Ausland nur wachsen. Um den Preis einer Verstümmelung, einer Vergewaltigung Deutschlands wollen wir den Frieden nicht. Aber das Joch, gegen das wir uns wehren, wollen wir auch andern nicht auferlegen.

Die Auffassung, daß wir unbedingt eine Kriegsentschädigung haben müssen, nenne ich Mammonismus. Wir haben den Mut, dem Volke zu sagen, nach dem Kriege werden ihm schwere Zeiten beschieden sein, aber wir haben das Vertrauen zu seiner Kraft und seiner Arbeit, daß es

das Elend überstehen

wird. Wir haben gute Waffen im Kampfe gegen die Vaterlandspartei. Wir wünschen ihre Agitation nicht eingeschränkt, aber was wir uns verbitten, ist die Förderung dieser Agitation durch die Behörden. (Lebhafte Zustimmung links.) Aus allen Teilen Deutschlands dringen lebhafte Klagen hierüber zu uns. Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen an, die zeigen, daß Angestellte und auch Soldaten von den Vorgesetzten bearbeitet werden zum Eintritt in die Vaterlandspartei, daß Soldaten zum Besuch der Versammlungen gezwun-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0001
DFG

ge, werden. Die stellvertretenden Generalkommandos verschaffen sich Redner für „aufklärende" Vorträge für den kommenden Herbst. In welchem Sinne diese Aufklärung beabsichtigt ist, zeigen die Erfahrungen. Das stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps sagt, die Redner brauchen ihre Vorträge nicht selbst auszuarbeiten, es stehen eine größere Reihe von Vorträgen zur Verfügung. Und zum Schlusse heißt es bei dieser Verfügung: Die geplante Tätigkeit kann gegebenenfalls

als vaterländischer Hilfsdienst betrachtet

werden. (Große Unruhe links u. i. Ztr. Rufe: Unerhört!) Es ist wirklich Zeit, daß wir auf der Sichtung des Belagerungszustandes herauskommen, er erzeugt eine Korruption, die das Schlimmste für die Zukunft erwarten läßt. (Zustimmung links.) Im Bereich des 3. Armeekorps sind Richtlinien für die Vorträge gegeben. Der Feind, dem diese ganze Aufklärungstätigkeit, pfui, ist die Mehrheit des deutschen Reichstags. Wie in der Heimat, so wird auch an der Front verfahren. Man sagt immer, die Soldaten sollen ihre Wünsche zum Frieden aussprechen. Aber in den Versammlungen, zu deren Besuch sie gezwungen werden, dürfen sie nichts sagen, ihre Wünsche dürfen sie dort nicht äußern. An die Westfront hat man neulich Herrn Max Bewer zu Vorträgen berufen, der sich durch einen monarchischen Dithyrambus in Erinnerung gebracht hat. Er wollte wohl seine Sünden aus der Caprivi-Zeit in Vergessenheit bringen. In seinen Vorträgen heißt es,

das ewige Friedensgequäcke

muß aufhören. Scheidemann und Erzberger sind politische Hunderleider. Bethmann-Hollweg ein unfähiger Staatsmann. Militärische Vorgesetzte haben das mit angehört, die Vortragsserie ist aber nicht abgebrochen, wohl aber ist dem „Vorwärts" verwehrt worden, den Vortrag abzudrucken. (Lebh. Hört, hört! Zuruf: Wer bezahlt diese Vorträge?) Ich weiß es nicht, Graf Posadowsky hat gestern angedeutet, man würde erforderlichenfalls, wenn man erfahren würde, für was für Zwecke das Geld des Reiches verpulvert wird. Ein Hauptmann erklärt in einem solchen Vortrag jeden für einen Hochverräter, der für eine Verständigung mit England eintritt, ein andrer wünscht, daß Erzberger und Scheidemann ins Zuchthaus kommen. Ein Regimentskommandeur spricht von Scheidemann und den andern Hämmeln. Den Popel abgeschossen hat ein Hauptmann vom Ersatzbataillon des 37. Infanterieregiments, der seinem Ersatzmann Ausdruck gibt, daß sich noch niemand gefunden hat der

Scheidemann glatt über den Haufen geschossen

habe. (Hört, hört!) Was mögen die Untergebenen solcher Männer unter ihrer Tyrannei zu leiden haben. Für diese Exzesse mache ich selbstverständlich niemand in leitender Stellung verantwortlich. (Oho! links.) Man muß doch pervers sein, um an solchen öden platten Schimpfereien Gefallen zu finden. Aber diese ganze sogenannte Aufklärungsorganisation ist von oben angeordnet. Diese Agitation hat nach dem 19. Juli einen gewaltigen Umfang angenommen. Sie richtet sich gegen den Gedanken, daß der Friede beherrscht sein muß von dem Grundsatz: Keine gewaltsamen Gebietsabtretungen. Was bedeutet es demgegenüber, wenn es in einem Armeebefehl heißt, es soll keine Politik in die Armee getragen werden. Politik ist alles, was den Staat, sein Wesen, seine Verfassung, seine Beziehungen zu andern Staaten betrifft. Gibt es etwas in höherm Sinne Politisches als die Frage, bis zu welchem Ende ein Krieg geführt, zu welchen Bedingungen Friede geschlossen werden soll? Auch Flugblätter desselben politischen Inhalts werden als ein Teil des Aufklärungsdienstes verbreitet. Natürlich muß das verwirrend auf die Anhänger der Reichstagsmehrheit im Waffenrock wirken und Unzufriedenheit hervorrufen, die auch die militärische Leistungsfähigkeit mindern. Bewunderung erregen die ungeheuern Leistungen unsrer Soldaten, die sie vollbracht haben, trotzdem

jeder einzelne die Friedenssehnsucht

im Herzen hat. Wir wären kein Kulturvolk, wenn wir nicht alle das Ende dieser Qualen ohnegleichen herbeisehnen. Auch der Soldat hat das innige Verlangen nach Frieden, die Annexionswut nimmt im Quadrat der Entfernung von der Front zu. Interessant ist, daß seit dem 19. Juli das Interesse der Soldaten an der sozialdemokratischen Presse gewaltig gewachsen ist. Diese Agitation ist nun gezielt, in dem Soldaten die Gesinnung hervorzurufen, daß unter ihren Vorgesetzten Männer sind, die den Krieg über den Zweck der Verteidigung hinaus verlängern wollen. Darin erblicke ich eine ungeheure Gefahr. Das Heer muß wissen, daß es zur Erhaltung und Verteidigung des Landes kämpft und nicht einen Tag länger zu kämpfen hat, wenn Deutschland gesichert ist. Dann wird es sein blühendstes Leben für das Vaterland hingeben.

Der Kriegsminister wird sich zweifellos als Gegner dieser Agitation bekennen, aber sie wird mit seinem Wissen betrieben. Eine Broschüre, die er mit einem Geleitwort versehen hat, ist von der ersten bis zur letzten Zeile eine Polemik gegen den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli. (Hört, hört!) Die Politik der Reichstagsmehrheit ist auch die des Reichskanzlers, und ich glaube nicht hinzufügen zu müssen: wie ich sie auffasse. (Heiterkeit.) Denn mit klaren Worten hat der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Papstnote sich auf die Friedensentschließung des Reichstags bezogen. Er ist bisher ein unbeschriebenes Blatt, daher bin er die Vermutung der Redlichkeit für sich. Die Wirkung dieser Agitation aber könnte sein, daß man ihn der Zweideutigkeit zeiht. Seine Antwort auf die Papstnote war gute Arbeit. Möge das Schwert nicht verderben, was hier die Feder gutgemacht hat. Der Reichskanzler hat von der Homogenität der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung gesprochen. Will er damit diese Agitation im Heer in Einklang bringen? Er hat weiter gesagt, er lasse sich die Führung nicht aus der Hand nehmen. Wir geben ihm Gelegenheit, zu diesem Worte zu stehen, er kann und muß beweisen, daß er führen will und führen kann. Dessen mag er gewiß sein: Von seiner Stellungnahme wird für das Wohl des Reiches unendlich viel abhängen. (Lebh. Beif.)

Kriegsminister von Stein:

Einer Reihe von Voraussetzungen des Vorredners kann ich nicht zustimmen. Ich beschränke mich auf das, was das Heer angeht. Eine Agitation zu politischen Zwecken wird weder von mir noch von der Heeresleitung in der Armee geduldet. (Lachen links.) Es hat schon große Mühe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzusuchen. (Große andauernde Unruhe links. Glocke des Präsidenten.) Eine Aufklärung in der Armee hat von Anfang an stattgefunden und findet noch statt. Sie bewegt sich aber in ganz andern Richtungen und Zielen. Als die Wogen der Begeisterung zu Beginn des Krieges hoch gingen, konnten wir uns auf das beschränken, was vom Feinde zu sagen war. Als aber der frische Bewegungskrieg zum Stehen kam und als auch die Last in der Heimat größer und schwerer wurde, mußte die Aufklärung sich weitere Ziele stecken. Die Lügen des Feindes waren um den ganzen Erdball gelaufen, durch die er uns die Schuld am Kriege zuschieben wollte. Der Soldat mußte aufgeklärt werden über die Ursachen des Krieges, aber auch über die Folgen eines verlorenen Krieges. Die Verhältnisse in der Heimat, die er im Urlaub wiedersah, mußten ihm klargelegt werden, sonst hätte er sein Land gar nicht verstanden. Alles, was zu seinem Besten geschehen konnte und mußte, sollte und mußte er wissen, er mußte unterrichtet werden über die Versorgungsansprüche seiner Familie, über seine eignen Ansprüche nach dem Kriege. Aber noch mehr: unsre

Armee hungerte nach geistiger Nahrung,

und die ist ihr im reichen Maße zuteil geworden. Die berufensten Vertreter von Wissenschaft, Kunst und allen möglichen Gebieten haben sich freiwillig in diesen Dienst gestellt. Die Oberste Heeresleitung hat nach Anhörung aller der Männer, die bei den einzelnen Gruppen zu diesen Zwecken verwendet wurden, selbst allgemeine Richtlinien herausgegeben. Ueberall wurden dieselben Mittel verwendet, Vorträge, Musik, Theater, Kino, Druckschriften und Heereszeitungen. Zu den Richtlinien ist nicht ein Wort von Politik zu finden. (Lachen links.) Nun verhehle ich mir nicht, daß viele impulsive Naturen die Grenze überschritten haben. Dagegen ist sofort eingeschritten worden. Ich kann dem Abgeordneten Naumann nur dankbar sein, daß er in einem Artikel auf das ganz Natürliche und unwesentliche derartiger Entgleisungen hingewiesen hat. Es ist ganz klar, daß ein braver, aufrechter Soldat impulsiv vielleicht keine Rücksicht nimmt auf andre Dinge, am wenigsten auf Politik, er wird sehr offenherzig seine Ansicht äußern, besonders wenn er neben sich und um sich eine ganz andre Agitation sieht. Vor kurzem hat der Feldmarschall von Hindenburg in unzweideutigen Worten ein Büchergewebe zerstört, das sich um seine Person gewoben hat. Jetzt gehen andre Dinge um, die seine Worte abschwächen sollen. Es wird verbreitet, es bestünden weitgehende Differenzen zwischen ihm und Ludendorff. (Unruhe links. Zurufe: Das ist keine Antwort auf die Interpellation. Glocke des Präsidenten.) Auch diese Lüge hat kurze Beine. Es gibt im Deutschen Reich nicht zwei Leute, die so in ihren Ueberzeugungen eins sind wie Hindenburg und Ludendorff. (Erneute Unruhe und Zurufe:

Antworten Sie auf die Interpellation!

Vor wenigen Tagen kam mir ein Blatt „An die deutschen Frauen" zu Händen, worin unsre alten toten Helden aus dem Deutsch-Französischen Kriege mit Schmutz beworfen werden. (Pfui! rechts.) Die Führer des jetzigen Krieges werden darin verdächtigt, als ob sie persönliche Interessen an der Fortführung des Krieges hätten. (Unruhe links: Zurufe: Wir wollen das Flugblatt sehen, wer hat es herausgegeben?) Das feindliche Ausland zuckt zwischpalt und Schwanken in unserm Volke hervorzurufen, wie seit Jahrhunderten, wenn wir mit Waffengewalt nicht bezwungen werden konnten. (Erregte Zurufe links. Abg. Schoepflin wird zur Ordnung gerufen.) Die Aufklärung im Heere deutschen ist notwendig, ebenso aber auch in der Heimat, denn das Heimatheer steht in viel innigerer Berührung mit dem Volke. Wo Mißgriffe vorgekommen sind, ist dagegen eingeschritten worden. Es wurde die Broschüre mit meinem Vorwort erwähnt. Ich möchte doch bitten, lesen Sie die Broschüre mal genau durch. Die Kriegsziele zu behandeln, schließt der Verfasser ausdrücklich aus. (Hört, hört! rechts.) Unsre Feinde haben auch eine derartige aufrührende Tätigkeit in ihren Heeren besorgt. Der Redner verweist auf eine Verfügung des Generals Petain vom Juni dieses Jahres. Ich kann es den Franzosen auch nicht verdenken, wenn sie den Siegeswillen in ihrer Armee aufrechterhalten wollen. Bei uns wird dasselbe Ziel erstrebt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Aufklärungstätigkeit von vielen untern Stellen nicht richtig gehandhabt worden ist. Ihr Zweck ist allein, in unsrer Armee den Geist zu erhalten, mit dem sie in den Feldzug eingetreten ist. (Bravo! rechts.) Eine Armee, der der Siegeswillen und die Siegeszuversicht fehlt, ist ein unbrauchbares Instrument. (Sehr richtig! rechts.) Man kann sie beiseitelegen und dem Feinde das übrige überlassen. (Lachen links.) Da wir das aber nicht wollen und Sie alle es auch nicht wollen, so werden wir eben diese Aufklärung in dem Sinn in unsrer Armee fortsetzen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich habe den Ausführungen des Kriegsministers nur wenig hinzuzufügen. (Hört, hört! links.) Es steht mir die Interpellation über die Agitation im Heer auf der Tagesordnung, und diese Frage hat, nach meiner Ansicht der Kriegsminister beantwortet. (Rufe links: Nein!) Dann gehen unsre Ansichten auseinander. (Lebh. Zustimmung links.) Bitte, warten Sie ab, was ich zu sagen habe, ehe Sie mir mit so leuter Kritik ins Wort fallen. Der Reichskanzler ist sich mit dem Kriegsminister und allen militärischen Stellen darüber einig, daß die Politik nicht in die Armee hineingetragen werden darf. Das will niemand, weder von rechts noch von links, das unterstreiche ich. Damit ist der Rahmen für die Aufklärungstätigkeit, von der der Kriegsminister sprach, gegeben. Ich gebe zu, daß die Grenze flüssig ist, die Gegenstände berühren sich, es wird von dem Urteil und dem Takte derjenigen, die die Aufklärung ausüben, abhängen, die Grenze innezuhalten, und es wird von den vorgesetzten Stellen abhängen, dafür zu sorgen, daß

gegen Mißbräuche vorgegangen

wird. Daß das geschieht und geschehen soll, hat der Kriegsminister zugesagt.

Dann ein Wort zu einem Punkte, der das Gebiet unsrer zivilen Verwaltung berührt. Ich habe den Begründer der Interpellation nicht dahin verstanden, daß er den Beamten die freie politische Gesinnung und Betätigung bestreiten will, das würde auch durchaus im Widerspruch zu den Traditionen seiner Partei liegen. Den Beamten muß es freistehen, innerhalb der Grenzen, die ihm durch seinen Treueid und seine Beamtenpflicht auferlegt sind, und ich setze hinzu, durch ihre Zugehörigkeit zu unsrer deutschen staatsbürgerlichen Gemeinschaft, ihre politische Gesinnung zu betätigen. Eine Grenze ist gezogen — und auch hier spreche ich im Namen des Reichskanzlers —: ein **Beamter darf seine amtliche Stellung nicht dahin mißbrauchen, daß er auf Personen, die ihm unterstellt sind, oder von ihm abhängig sind, oder sich von ihm abhängig fühlen, einen Druck in politischer Beziehung ausübt.** (Bravo!) Ich gebe zu, daß hier und da ein solcher Verstoß vorkommen mag. (Zuruf links: Hier und da?!) Lassen Sie mich doch aussprechen. Wir haben vorhin mit großer Ruhe und Geduld die Ausführungen des Abg. Landsberg angehört. (Unruhe links.) Wenn jeder hier selbst das Wort ergreift, wenn ihm etwas nicht gefällt, kann ich nicht sprechen. In dem Umfang, wie Herr Landsberg anführte, sind Mißbräuche zweifellos nicht vorgekommen. An der Behauptung, daß im Potsdamer Regierungsgebäude ein Bureau der Deutschen Vaterlandspartei errichtet sei, ist z. B. nie ich mich telephonisch erkundigt habe, kein wahres Wort. (Hört, hört! rechts.) Der Abg. Landsberg hat an den Reichskanzler einen starken Appell gerichtet, auszusprechen, wie er zur Vaterlandspartei stehe. Nach dem Wortlaut der Interpellation lag für den Reichskanzler, der gewiß mit wichtigen Geschäften überladen wird, kein Anlaß vor, die Interpellation selbst zu beantworten. (Lebh. Widerspruch links.) Wenn Sie aus der Interpellation

eine große politische Debatte

machen wollen, ist das ein andrer Fall, aber die große Debatte stand nicht auf der Tagesordnung. Um auf das, was auf der Tagesordnung stand, die Antwort zu erteilen, bin ich Namens gekommen. (Heiterkeit.) Die Stellung des Reichskanzlers zu den Kriegszielen ist ein Teil der großen Debatte im Laufe der nächsten Woche. Also warten Sie ab, die Debatte kommt, der Reichskanzler wird dann seine Sache vertreten. Aus den Worten des Herrn Landsberg klang aber noch die Forderung, der Reichskanzler möge gegen die Vaterlandspartei einen Bannstrahl erlassen. (Rufe links: Nein, nein!) Dann brauche ich darüber kein Wort mehr zu sagen und stelle fest, daß ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen worden ist. Ich glaube das, was ich gesagt habe, kann Sie beruhigen. (Lebh. Widerspruch links.) Wenn Sie zu den Männern, die an der Spitze der Heeresverwaltung und der Reichsleitung stehen, allerdings nicht Vertrauen haben (Lebh. Zurufe links: Nein, nein! das haben wir nicht!), so hat es seinen Zweck, daß ich hier noch ein Wort sage.

Abg. Trimborn (Zentrum):

Der Herr Kriegsminister meinte, es wäre nicht allzuviel Material für die Interpellation vorgebracht. Ich finde, daß eine Fülle solchen Materials vorgelegt worden ist. (Sehr wahr!) Daß Mißbräuche vorgekommen sind, hat er zugegeben. Auch an uns sind zahlreiche Nachrichten über Begünstigung alldeutscher Propaganda durch militärische Instanzen gelangt. (Hört, hört!) Nach unsrer Auffassung hat im Heere jede amtliche Agitation für irgendeine Partei zu unterbleiben. Das wird zur Politisierung der Armee führen, und das wäre das größte Unglück für die Armee, für das Vaterland und die Monarchie. Das beweist das Beispiel Rußlands. Nur gegen eine Agitation, die die Untergrabung der Disziplin zum Ziele hat, müßte von die Heeresleitung aus energischste vorgegangen werden. Eine politische Agitation darf aber auch nicht aus der Armee heraus ins Volk getragen werden, wie das vielfach durch gewisse Telegramme geschehen ist. (Sehr wahr!) Hindenburg gehört dem ganzen Volke, keiner einzelnen Partei. (Lebh. Beifall i. Zentrum und links.) Die „impulsiven Naturen", von denen der Kriegsminister sprach, scheinen sehr zahlreich in der Armee zu sein. (Sehr gut!) Die Militärverwaltung muß all ihre Energie, die wir sonst so bewundern, auf die Durchführung ihrer Grundsätze in dieser Frage legen, um so mehr, da die Agitation für die Vaterlandspartei auch in die Armee übergreifen scheint.

Bezüglich der zivilen Behörden liegt in dieser Beziehung so viel Material vor, daß demgegenüber kräftigere, entschiedenere Worte nötig wären, als wir sie von Herrn Dr. Helfferich gehört haben (Lebh. Zustimm.) Schon der Name „Vaterlandspartei" muß verletzend auf andre Parteien wirken. (Sehr richtig!) Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg hat in der neulichen Versammlung der Vaterlandspartei in Berlin von Parteien gesprochen, die wissentlich oder unwissentlich die vaterländischen Interessen hinter ihren internationalen Zielen zurückstellen. Ich will nicht annehmen, daß er damit direkt auf die Sozialdemokratie und das Zentrum hat hinweisen wollen, das wäre eine zu große Dummheit gewesen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Aber die Wirkung ist die, daß jetzt das Gerede von der roten und schwarzen Internationale wieder ertönt. Daß eine solche Agitation von der Regierung unterstützt wird, müssen wir uns verbitten. (Bravo! i. Ztr. u. links.) Die Vaterlandspartei ist ausdrücklich zur

Bekämpfung der Reichstagsmehrheit

vom 19. Juli gegründet worden, die für Verständigung und dauernde Versöhnung der Völker eintritt, so wie das Graf Czernin jetzt so meisterhaft geschildert hat. Die Vaterlandspartei ist einfach eine Oppositionspartei gegen die Regierung, und ihre amtliche Unterstützung muß die Regierung als zwiespältig erscheinen lassen (Sehr richtig!), was wahrhaftig ihre Autorität nicht stützen kann (Sehr richtig!), weder im Inland noch im Ausland. Ich bin von meinen Freunden einstimmig beauftragt zu erklären, daß sämtliche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags es ablehnen, der Vaterlandspartei beizutreten. Das Gebot der Stunde ist nicht Spaltung, sondern Einigung. (Bravo!) Die Grundlage ist gegeben in der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters und wir stellen uns einmütig auf diesen Boden, weil wir hoffen, so einen Frieden zu erhalten, wie ihn unser Volk erwartet. (Lebh. Beif. im Ztr. u. links.)

Abg. Dr. Thoma:

Wir stehen der Vaterlandspartei ruhig, objektiv und neutral gegenüber. Wir sind sachlich und historisch mindestens so sehr Vaterlandspartei wie irgend eine andre Partei. Zu den rein vaterländischen Zielen wissen wir uns einig mit dem, was die Vaterlandspartei erstrebt. Jeder gute Deutsche muß diese Ziele selbstverständlich unterstreichen. Das ist mit der einzige Grund, weshalb so viele Nationalliberale der deutschen Vaterlandspartei (Zurufe: Hereingefallen! Heiterkeit.) beigetreten sind. Sie ist eine Organisation des Protestes dagegen nicht daß, sondern wie der Friede bisher angestrebt worden ist. (Unruhe b. d. Soz.) Aber nur zur Erreichung rein vaterländischer Ziele sind wir dieser Partei beigetreten. Sobald sie andre Ziele vertritt, würden wir sie verlassen. Daß das nicht der Fall ist, beweist ihre letzte Kundgebung, wonach sie mit innerer Politik nichts zu tun haben will. Ich gebe zu, daß schon die Bezeichnung als Partei ein Mißgriff gewesen ist. Im übrigen mißbilligen wir jede amtliche Begünstigung irgend einer Partei und sind uns einig mit den Interpellationen und dem Vorredner, daß Abhilfe hier dringend not tut und energischer hätte zugesagt werden müssen (Bravo!). Das Recht der Kommandobehörden allerdings, den Stimmungswillen der Truppen durch aufklärende Vorträge nim, zu erhalten, muß gewahrt bleiben. Das muß aber taktvoll und mit Vorsicht geschehen. Die Politik wird dabei nicht immer ganz aus dem Spiele bleiben können, auf jeden Fall aber muß jede Parteipolitik dabei vermieden werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. v. Graefe (kons.):

Es ist bisher nicht nachgewiesen, daß die Aufklärung der Regierung irgendwie parteipolitisch einseitig gewesen ist. Welche Partei ist denn durch diese Aufklärung bevorzugt worden? (Zuruf: Die Alldeutschen!) Ja, was sind denn die Alldeutschen? Jeder, welcher Partei er auch angehört, wird von Ihnen als „alldeutsch" verfolgt, sobald er ein starkes nationales Deutschtum vertritt. (Lachen links.) Es mögen formale Ungeschicklichkeiten von Beamten begangen sein, aber darin die Hauptsache zu sehen, beweist kleinlichen Formalismus. In ihrem Bestreben objektiv zu sein, geht mir die Regierung sogar zu weit, wenn sie z. B. auch die Broschüre des Abg. Dr. David, die seine Stockholmer Rede enthält, offiziell an die Front verschickt, während sie am Schluß eine energische Propaganda für den Verzichtfrieden enthält. Auch der „Vorwärts" mit dem Artikel Davids, der die schwersten Angriffe gegen die Vaterlandspartei enthält, geht ungehindert an die Front. (Zuruf: Wird das amtlich verbreitet?) Ich verstehe ihre Mißstimmung gegen die Vaterlandspartei. Sie fürchten und auch mit Recht, daß in dieser Bewegung

eine Reaktion einsetzt

(lebh. Sehr richtig! links). eine Volksbewegung einsetzt gegen den Volksbetrug, der durch eine nichtdeutsche Presse hervorgerufen wird. die genau so mit verlogenen Schlagworten operiert, wie die Northcliffe-Presse. Das Ansehen des Reichstags wird nicht gefördert durch Resolutionen, bei denen jeder die Einschränkung machen muß, „wie ich sie auffasse". (Heiterkeit rechts.) Die Vaterlandspartei ist aus dem Volke hervorgewachsen und diese Bewegung will man unterdrücken. Aber nach dem erfreulichen Auftreten des Kriegsministers wird die Regierung das Volk hinter sich haben und die sieghafte Stimmung vom 4. August wird wieder lebendig werden und das deutsche Volk wird einen glücklichen, siegreichen Frieden erringen. (Beifall rechts.)

Abg. Haas (Vpt.):

Gegenüber der Fülle von Material, das Abg. Landsberg vorgebracht hat, sagt der Kriegsminister einfach: Ach was, das sind ein paar zusammengesuchte Fälle, ohne jedes Wort der Ablehnung dieser Agitation. Da muß sich im Hause Mißtrauen zeigen. Freilich der Kriegsminister ist ein sehr unpolitischer Mann, er schreibt eine Einleitung zu einem Buche gegen den Verständigungsfrieden, in demselben Augenblick, in dem der Reichskanzler hier eine Erklärung für einen solchen Frieden abgibt. (Hört, hört! links) Gegen die alldeutsche Agitation protestieren wir nicht im im Interesse unsrer Partei, sondern im Interesse des deutschen Vaterlandes. Die Vaterlandspartei und auch Herr v. Gräfe spielen mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung. Da würden die Herren etwas erleben, wenn Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum gemeinsam in den Wahlkampf eintreten würden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir protestieren gegen das Zulassen der alldeutschen Agitation im Heere und verlangen Klarheit vom Reichskanzler, wie er dazu steht. Die alldeutsche Agitation läßt die vergiftenden Methoden aus der Zeit vor dem Kriege wieder aufleben, wo man von den

Sozialdemokraten als von vaterlandslosen Gesellen

sprach. Wir wären zu Grunde gegangen, wenn es wirklich vaterlandslose Gesellen gewesen wären. Die Zukunft wird demokratisch sein und die Regierung sollte auf dem Wege dazu führen und nicht sich drängen lassen. Unsere Soldaten müssen wissen, daß sie nicht für uferlose Ziele kämpfen, sondern daß wir bereit sind zum Frieden ohne Eroberungen. Sind die Feinde nicht zum Frieden bereit, so werden unsere Leute noch jahrelang im Kampfe ausharren, nicht aber für überspannte Eroberungsziele. Die Aufstellung der Vertrauensleute bei jeder Kompagnie, die jedes Wort der Leute dem Hauptmann hinterbringen sollen muß jede Kameradschaftlichkeit untergraben. (Lebh. Zust. links.) Die feindliche Kriegs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0002

ppe der alldeutschen verbreitet von dem deutschen Volke im Ausland ein vollständig falsches Bild. Die maßlose Agitation der Alldeutschen schadigt auch den Frieden im Innern, den wir brauchen, wo der Feind vor den Toren steht. (Lebh. Beifall links.)

Es läuft ein Antrag Haase und Genossen (Unabh. Soz.) ein:

Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.

Abg. Werner-Gießen (D. Fr.): Der Alldeutsche Verband wird durch die heutige Debatte Tausende von Mitgliedern gewinnen. (Lachen links.) Die Vaterlandspartei will keine Partei sein, sondern alle Nationalgesinnten um ihre Fahne scharen. Mit Hindenburg im Felde, mit Tirpitz in der innern Politik werden wir den Frieden erringen, den das deutsche Volk braucht. (Beifall rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Abg. **Landsberg** (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung Dr. Helfferich gegenüber fest, daß nach einer ihm gewordenen Information im Regierungsgebäude in Potsdam in der Tat sich eine Geschäftsstelle der Vaterlandspartei befindet. (Hört, hört! links.)

Dr. **Kaempf** schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte, Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht in Verbindung mit den Fragen der Schutzhaft des Belagerungszustandes und der Zensur.

Ein Antrag des Grafen Westarp, die Fortsetzung der heutigen Besprechung von der Tagesordnung am Montag abzusetzen, wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Schluß 5½ Uhr. —

Was der Krieg bringt.

Weitere Versenkungen.

Der deutsche Admiralstab teilt mit:

Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 17 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Santaren" mit 4600 Tonnen Gaskohs für Archangelsk und der englische Dampfer „St. Margareth". Von dem Dampfer „Santaren" wurde der Kapitän und der Erste Offizier gefangengenommen.

In der Nordsee wurden durch unsre U-Boote neuerdings fünf Dampfer versenkt. Drei von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen; von den beiden andern Dampfern war einer bewaffnet. —

* * *

„Seeadler"-Abenteuer.

Das amerikanische Marine-Ministerium erhielt aus Tutuila auf den Samoa-Inseln den Bericht, wonach dort ein offenes Boot mit dem Kapitän des amerikanischen Schoners „C. Slade" ankam. Der Kapitän teilte mit, daß der deutsche Hilfskreuzer „Seeadler" am 2. August in der Nähe der Lord-Howe-Insel gestrandet und von der Mannschaft verlassen worden sei. Später eroberte der Kommandant mit der Besatzung in einem Motorboot den französischen Schoner „Lutece", den die Deutschen ausrüsteten, bewaffneten und mit dem sie am 5. September in See stachen, in der Absicht, weitere Kaperfahrten zu unternehmen. Bevor der „Seeadler" strandete, hatte er den amerikanischen Schoner „C. Slade" versenkt. Der „Seeadler" ließ 47 Gefangene auf der Insel zurück, welche jetzt dort Hunger leiden.

Der Hilfskreuzer „Seeadler" war bereits seit etwa Jahresfrist in den südlichen Gewässern tätig, ohne daß ihm die Feinde etwas anzuhaben vermochten. —

* * *

Rußlands Friedensformel.

Auf der letzten Sitzung der demokratischen Konferenz in Petersburg erklärte der Abgeordnete Dan, daß die Konferenz nicht schließen könne, ohne sich über den Krieg auszusprechen. Deswegen schlug er im Namen der minimalistischen Sozialistenpartei und der Demokraten vor, einen Appell an die Demokratien der ganzen Welt zu richten.

Das Bureau der Konferenz beratschlagte über den Appell Dan, nachher gab der Präsident folgende Erklärung ab: „Die demokratische Konferenz bestätigt den festen Willen der ganzen russischen Demokratie, für die Verwirklichung eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen zu kämpfen, und drückt den Wunsch aus, daß dieser Wille in einem Manifest ausgedrückt wird, dessen Wortlaut vom Präsidium der Konferenz festzustellen ist, das zu diesem Zwecke durch Vertreter aller an der Konferenz beteiligten Parteien ergänzt werden soll." Die Konferenz nahm mit allen Stimmen gegen eine den Vorschlag an unter dem Ruf: „Es lebe der internationale Friede!"

Das im Stadthaus am Sonnabend zusammengetretene Vorparlament wählte Tscheidse zum Vorsitzenden. Er schlug vor, den Bericht der Abordnung des Vorparlaments über ihre Verhandlungen mit der Regierung wegen Neubildung der Regierungsgewalt zu erörtern. Ein Vorschlag Zereteilis, in geheimer Sitzung zu beraten, wurde mit 105 gegen 70 Stimmen angenommen.

In der Geheimsitzung teilte Zereteili mit, daß die Besprechungen zu einer schnellen Verständigung über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Vorparlament gegenüber, die eine lange, lebhafte Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entschließung geeinigt, in der es heißt, das Vorparlament sei offiziell von der Regierung zusammenberufen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen müsse. Die Regierung sei formell und juristisch dem Vorparlament nicht verantwortlich, aber kein Kabinett könne ohne das Vertrauen des Vorparlaments bestehen. —

* * *

Transportarbeiterstreik in Paris.

Ueber Lohnfragen ist zwischen dem Personal der Metropolitain-Omnibus-Gesellschaft und der Nordsüd-Gesellschaft und den Direktionen dieser Gesellschaften ein Streik ausgebrochen.

Der allgemeine Ausstand der Transportarbeiter ist in der Nacht zum Sonntag beschlossen worden. Eine gewisse Anzahl von Automobilomnibussen verkehrt. Die Arbeiterbörse erklärt, daß der Ausstand voraussichtlich am Montag beendet sein wird, wenn die Forderungen der Ausständigen bewilligt werden. Etwa 50 Wagen sind ausgefahren. Eine Abordnung unter Führung des Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes, Guinchard, hat sich zu Painlevé begeben. — Nach polizeilichen Feststellungen sind bei der Omnibusgesellschaft 3000 Angestellte ausständig. In einigen Depots haben sich Zwischenfälle ereignet.

Eine offene Antwort.

Der bekannte demokratische Politiker Dr. Quidde, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, bittet die Presse um Aufnahme folgender Zuschrift:

Verschiedene Zeitungen bringen einen, übrigens mir persönlich nicht zugangenen „offenen Brief an den bayrischen Landtagsabgeordneten Dr. Quidde", unterzeichnet von einem Doktor Otto Schaeffer. Darin werden an mich drei Fragen gestellt, die ich bitte, an dieser Stelle beantworten zu dürfen.

Erste Frage: Ob ich der Professor Quidde sei, der vor Jahren die Broschüre „Caligula" geschrieben? Antwort: Ja.

Zweite Frage: Ob ich als Verfasser dieser Schrift wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnis verurteilt sei? Antwort: Nein. Wegen des „Caligula" ist überhaupt kein Strafverfahren gegen mich eröffnet worden. Eine zwei Jahre später erfolgte Verurteilung hatte mit dem „Caligula" nichts zu tun.

Dritte Frage: Ob ich der Mann sei, der nach der Verurteilung seine Strafe nicht abgesessen habe, sondern an den Beleidigten „ein Gnadengesuch habe einreichen lassen, weil er die Gefängnishaft wohl nicht ertragen könne, da er lungenkrank (d. h. doch wohl schwindsüchtig) sei"? Antwort: Nein. Ich habe die über mich verhängte Strafe mit gutem Humor verbüßt; ich habe niemals für mich ein Gnadengesuch eingereicht oder einreichen lassen, weder an den Kaiser, noch an den dafür zuständigen Landesherrn.

Der Verfasser des offenen Briefes ruft mir nach der Räubergeschichte von meinem „Jammergesuch" pathetisch und in Sperrdruck zu: „Waren Sie der Mann, Herr Professor? Ja. Sie sind der Mann!" Ich erlaube mir die bescheidene Gegenfrage an Herrn Dr. Otto Schaeffer: Sind Sie der Mann, der leichtfertig dumme Lügen in die Welt setzt? Ja, Sie sind der Mann!

München, 30. September 1917. Dr. Quidde.

* * *

Abwehr.

In dem Düsseldorfer Zentrumsblatt, das sich besonders annexionistisch gebärdet, hatte vor einer Reihe von Tagen eine Gruppe von Zentrumsleuten: Stadtverordnete, Akademiker, Beamte, Handwerksmeister und auch einige Arbeiter, eine große Erklärung gegen Erzberger wegen seiner Stellung zur Friedensfrage erlassen, und die Fraktion aufgefordert, „klar und deutlich dem Abgeordneten Erzberger entgegenzutreten, bevor es zu spät ist".

Jetzt veröffentlichen die Düsseldorfer christlichen Gewerkschaftsführer und eine Reihe andrer Zentrumsanhänger an der gleichen Stelle („Düsseld. Tagebl." Nr. 273) eine Gegenerklärung, in der es heißt:

An die Parteifreunde richten wir die Bitte, sich durch die Angabe, als handle es sich nur um einen Kampf gegen den Abgeordneten Erzberger, nicht irreführen zu lassen. Die Person Erzberger nennt man und die Reichstagsfraktion meint man. Das ist offen von Veranlassern der Aktion erklärt worden. Hier wirken Kreise mit, die sich nicht mit den angekündigten Veränderungen auf innerpolitischem Gebiet abfinden wollen.

Die Unterzeichner fordern die Parteileitung auf, eine Versammlung der Zentrumswähler zu veranstalten; dann werde sich zeigen, daß die Mehrzahl hinter der Reichstagsfraktion stehe. —

* * *

Beschränkung der Selbstversorgung in Fleisch.

Nach einer vom Kriegsernährungsamt erlassenen Verordnung ist der private Handel mit Schweinen, auch wenn es sich nicht um Schlachtschweine handelt, verboten. Zugleich sind neue einschränkende Vorschriften über die Selbstversorgung mit Fleisch eingeführt worden. Danach dürfen Schweine mit einem Gewicht von mehr als 25 Kilogramm nur an die staatlich bestimmten Viehabnehmestellen veräußert werden.

Vom 15. Oktober an muß der Selbstversorger von dem durch Hausschlachtung von Schweinen gewonnenen Fleisch an den Kommunalverband gegen angemessene Vergütung Speck oder Fett in folgenden Mengen abgeben: wenn das Schlachtgewicht des Schweines mehr beträgt als 60 bis 70 Kilogramm 1 Kilogramm, mehr als 70 bis 80 Kilogramm 2 Kilogramm, für weitere angefangene je 10 Kilogramm weitere 0,5 Kilogramm. Von frühern Zuchtschweinen sind 3 v. H. des Schlachtgewichts in Speck oder Fett abzuliefern. Die Landeszentralbehörden können die Abgabepflicht erhöhen, aber auch bestimmen, daß von Schweinen, deren Ertrag an Liefensett weniger als 1½ Kilogramm beträgt, nichts abgegeben zu werden braucht.

Sich selbst versorgende gewerbliche Betriebe, Krankenhäuser und so weiter, und Selbstversorger, denen nach den geltenden Vorschriften bei besonders anstrengender körperlicher Arbeit Fettzulagen gewährt werden können, brauchen nichts abzugeben. Wildbret und Hühner werden in der schon früher festgesetzten Weise angerechnet.

Bei der Anrechnung von Schlachtviehfleisch von Kälbern bis zu 3 Wochen und von Schweinen sind folgende Wochenmengen für die Person zugrunde zu legen: bei Kälbern bis zu 3 Wochen 500 Gramm, bei Schweinen mit einem Schlachtgewicht von 50 Kilogramm und weniger 700 Gramm, von 50 bis 60 Kilogramm 600 Gramm, von mehr als 60 Kilogramm 500 Gramm. Das Kriegsernährungsamt kann die Sätze für die Anrechnung von Schlachtviehfleisch vorübergehend erhöhen.

Fleisch zur Selbstversorgung darf aus Hausschlachtungen, die zwischen 1. September und 31. Dezember erfolgen, höchstens für 1 Jahr, aus Hausschlachtungen in der übrigen Zeit höchstens bis zum Schlusse des Kalenderjahrs belassen werden. —

* * *

Notizen.

„Verständigung". Der Reichstag vertagte am Montag die Fortsetzung der Besprechung über die sozialdemokratische Interpellation wegen der behördlichen Förderung der Vaterlandspartei und verwies den Nachtragsetat, der bekanntlich u. a. auch die Kosten für den Vizekanzlerposten vorsieht, zur nochmaligen Beratung an den Hauptausschuß. Dieser tagte am Montag nachmittag. Es gab lange Erklärungen der Regierungsvertreter, u. a. des Reichskanzlers selbst, der betonte, daß ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, durchaus unzulässig sei; er wünsche nicht, daß von seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Auch im Heere sei jede politische Agitation ausgeschlossen. Am Schlusse der Sitzung wurde der Nachtragsetat gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. —

*

Giesberts — Unterstaatssekretär? Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, steht die Berufung des Zentrumsabgeordneten Giesberts als Unterstaatssekretär in des im Reichswirtschaftsamt bevor. Giesberts gehört als Vertreter von Essen dem Reichstag und dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. Wann die Berufung erfolgt, steht noch nicht genau fest. Giesberts legt angeblich Wert darauf, auch als Regierungsmitglied seine beiden Mandate noch weiter auszuüben. Es sei daher leicht möglich, daß seine Berufung erst erfolgt, nachdem sich die Regierung über die vom Verfassungsausschuß beschlossene Streichung des § 9 der Reichsverfassung schlüssig geworden ist. —

*

Die Zensurverhältnisse waren am Sonnabend Gegenstand der Erörterung im Hauptausschuß. Abg. Heine (Soz.) beantragte, „daß das Verbot bei einer täglich erscheinenden Zeitung sich auf nicht mehr als zwei Tage, bei einer seltener erscheinenden Druckschrift auf nicht mehr als zwei Nummern erstrecken darf, was auch für bereits ergangene Verbote gelten soll. Die Oberzensurstelle sorgt lediglich dafür, daß von einer besondern Stelle ausgesprochene Verbote zu allgemeinen Verboten werden". Der Antrag wurde einstimmig angenommen. —

*

Peru bricht die diplomatischen Beziehungen ab. Reuter meldet aus Newyork: Ein Telegramm aus Lima teilt mit, daß der peruanische Kongreß fast einstimmig beschloß, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen. — An Berliner amtlicher Stelle ist bisher keine Bestätigung dieser Reutermeldung eingetroffen. —

* * *

Trommelfeuer im Westen.

W. T. B. Großes Hauptquartier, den 8. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern vom Mittag bis zum Abend zwischen dem Houthoulster Walde und der Straße Menin—Ypern erheblich auf. Starkes Trommelfeuer ging englischen Teilangriffen voraus, die sich gegen einzelne Abschnitte der Kampffront entwickelten. Die vom Gegner angesetzten Sturmtruppen kamen nirgends vorwärts; unsre Abwehrwirkung hielt sie im Trichterfeld nieder.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zu beiden Seiten der Straße Laon—Soissons wurde der Artilleriekampf zwischen dem Ailette-Grunde und der Hochfläche südlich von Paissy mit großer Heftigkeit geführt. Abends stießen bei Vauxaillon mehrere französische Kompanien vor. Sie wurden durch Feuer zurückgewiesen.

Oestlich der Maas lag starkes Feuer auf unsern Stellungen und deren Hintergelände zwischen Samogneux und Bezonvaux. Die Wirkung unsrer Artillerie unterband einen südwestlich von Beaumont sich vorbereitenden Angriff der Franzosen.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

mazedonischen Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0003

Der „Staatsanwalt des Königs".

In der französischen Kammer gab es am Donnerstag wieder einmal einen erregten Tag. Die heftigen Erörterungen und die leidenschaftliche Anteilnahme der verschiedenen Gruppen zeigen die Nervosität, die auch vom politischen Frankreich bereits Besitz ergriffen hat.

Der Präsident Deschanel verlas eine Interpellation Poncet über die „Angelegenheit Bolo" und fügte hinzu, es sei eine weitere Interpellation Malvy über den gleichen Gegenstand eingegangen. Die Kammer beschloß die sofortige Erörterung.

Malvy, der frühere Minister des Innern, sagte, er wolle die Aufmerksamkeit der Kammer auf eine ernste Tatsache lenken. Präsident Poincaré habe einen Brief des Chefredakteurs der „Action Française", Daudet, mit den niederträchtigsten Verleumdungen gegen Malvy erhalten. Dieser Brief sei dem Ministerpräsidenten Painlevé übermittelt worden, der ihn Malvy mitgeteilt habe. Malvy nehme ein Stillschweigen über diesen Brief nicht an. Daudet wendet sich in diesem Schreiben an den Präsidenten der Republik, von dem er gleich in dem ersten Satze sagt, er habe noch eine große Rolle zu spielen, um Frankreich zu retten.

Nach Verlesung dieser Phrase begann auch der Entrüstungssturm der ganzen Linken einzusetzen. Später spricht Daudet von den Meutereien und den tragischen Ereignissen bei den Pariser Streikunruhen im Juni unter neuem Beifallklatschen der Linken.

Painlevé sagte, die gegen Malvy vorgebrachten Anschuldigungen seien in der Tat allerschwerster Art. Malvy sei beschuldigt, seit drei Jahren Deutschland alle Geheimnisse ausgeliefert zu haben; er habe in das Kriegskomitee eintreten wollen, um der deutschen Armeeleitung den Plan des Angriffs auf den Chemin des Dames zu liefern.

Die Kammer verlangte die Verlesung des Briefes.

Painlevé entsprach dem Willen der Kammer. Der Brief Daudets versichert, daß bezüglich Malvys und Lehmaries, des Direktors der allgemeinen Sicherheit, Beweise für Hochverrat im Ueberfluß vorhanden seien, und sagt, daß es unumgänglich sei, Malvy sofort der Militärgerichtsbarkeit auszuliefern.

Mit Rufen: „Hoch die Republik!, Nieder mit dem König von Frankreich!" empfangen, begann dann Malvy eine große Anklagerede gegen die Royalistenverschwörung. Leon Daudet sei kein Irrsinniger, sondern er führe eine politische Bewegung mit Hilfe eines systematischen Pressefeldzugs, den die Regierungszensur leider oft zu schützen scheine. Mit Hilfe von Verleumdungen und Denunziationen säe man Haß und Verachtung und verbreite einen Terror, der zu ernsten Verwicklungen im Innern führen könne. Das Maß sei voll. Niemand sei mehr in Frankreich davor sicher, daß nicht morgen seine Ehre straflos in den Schmutz gezogen werde. Renaudel ruft: „Es ist weit gekommen, wenn die „Action Francaise" heute Daudet den Staatsanwalt des Königs nennen darf." Andre Abgeordnete rufen: „Diese Clique hat Jaurès ermordet!"

Die sozialistischen Wortführer verschwiegen nicht die tiefe Verstimmung ihrer Partei über die Verweigerung der Pässe für den Besuch des Berner Gewerkschaftskongresses. Poncet forderte von der Regierung, sie möge ebensogut gegen das „Journal" und den „Rappel" einschreiten, die von Bolo subventioniert wurden, wie man gegen das „Bonnet Rouge" vorgegangen sei. Die finanzielle Hilfe des „deutschen Agenten Bolo" für diese beiden Blätter werde sich, so sagte Poncet boshaft, sehr gut daraus erklären lassen, daß die annexionistische Agitation des „Rappel" und des „Journal" den Alldeutschen das beste Propagandamaterial geliefert habe.

Kurz vor der Abstimmung verlangten die Freunde Malvys eine baldige Erklärung der Regierung, auf welche Weise sie den Exminister gegen die Denunziationen Daudets zu schützen gedenke. Painlevé versprach, gegen Daudet das Verfahren eröffnen zu lassen, falls er innerhalb 48 Stunden seine Anklage nicht vor dem Richter beweisen könne. —

* * *

Der Kampf um das Zeitungspapier.

Im Verein deutscher Zeitungsverleger ist es wegen der Papierversorgung zu einem Bruche zwischen den Berliner und den Provinzverlegern gekommen. Die Papierversorgung der Zeitungen ist bekanntlich gänzlich ungenügend. Die Schuld daran trägt der Krieg, der Mangel an Kohle, an Arbeitskräften, an Transportgelegenheiten und an allerlei Rohmaterial. Irgendeine Hoffnung auf Besserung während des Krieges scheint ebensowenig zu bestehen, wie irgendeine Schuld der Reichsstellen an der Papiernot nachgewiesen werden kann.

Gleichwohl haben „Berliner Tageblatt" und „Berliner Lokal-Anzeiger" die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe aufs heftigste angegriffen, und ihren Vorsitzenden persönlich als unfähig bezeichnet. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der die bürgerliche Provinzpresse umfaßt, erläßt nun eine Ehrenerklärung für ihn, in der er darauf aufmerksam macht, daß die Kriegswirtschaftsstelle weder die Beschränkung des Papierverbrauchs anordnet, noch mit dem Zeitungspapierhandel etwas zu tun hat, sondern nur nach Möglichkeit dafür sorgt, daß die Produktion nicht gänzlich stockt, und daß alle Zeitungen wenigstens eine beschränkte Papiermenge erhalten.

In der Tat handelt es sich bei den großstädtischen Zeitungen nur um den Aerger darüber, daß sie — nach ihrer Meinung — vor der Provinzpresse nicht genügend bevorzugt werden. Wenn auch die Bedeutung der hauptstädtischen Presse nicht verkannt werden darf, so scheinen ihre Ansprüche gegenwärtig doch eben unerfüllbar zu sein, ohne daß ein erheblicher Teil der Provinzpresse überhaupt kein Papier mehr bekommt. —

* * *

Wie man „durchhält" ...

Vor dem Kölner Landgericht wurden nach achttägiger Verhandlung in dem umfangreichen Prozeß Bremer wegen Milchfälschung, verbotswidrigen Handels mit Lebensmitteln, verbotswidrigen Schlachtungen und Ueberschreitung der Höchstpreise das Urteil gefällt. Bei der Strafzumessung wurde hervorgehoben, daß die Angeklagten aus reiner Habgier gehandelt hätten. Es wurden verurteilt Joseph Bremer jun. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten und 54 200 Mark Geldstrafe, Frau Bremer 1 Jahr Gefängnis, 24 600 Mark Geldstrafe, Joseph Bremer sen. 8000 Mark Geldstrafe, Michael Bremer 4 Monate Gefängnis, 19 500 Mark Geldstrafe und Paul Bremer zu 500 Mark Geldstrafe.

Die Anklage warf der Familie vor, und durch die Zeugenvernehmung wurde erwiesen, daß sich die Bremers gegen nahezu alle landwirtschaftlichen Kriegsverordnungen vergangen haben. So verkauften sie ohne Marken und weit über den Höchstpreisen an Hotels, Kaufhäuser und Herrschaften in beträchtlichen Mengen Milch, Butter, Sahne, Käse, Fleisch aller Art, Mehl, Gerste, Erbsen, Haferflocken, Weizengrieß, Graupen, Marmelade, Kartoffeln, Faßbohnen, Sauerkraut usw. Ein Herr Regierungsrat namens Stinnes, der in großen Mengen fast alle genannten Artikel von Bremer bezog, beglich Rechnungen von 700 bis 2000 Mark für seinen Haushalt. Dieser Regierungsrat erhielt nachts Säcke Weizenmehl zum Preise von 5 Mark das Pfund ins Haus geschafft. Er bezahlte für Eier 75 Pfg., für Kalbfleisch 4,50 Mark bis 6,50 Mark, Filets 7 bis 9 Mark, Zungen 10 Mark das Pfund. Lange Zeit bezogen unter anderm Regierungsrat Stinnes, Major Rintelen, Kaufhausbesitzer Peters und andre Kunden täglich je ½ Liter Sahne und mehrere Liter Vollmilch von Bremer. Der Major ließ die Sahne, Butter usw. durch einen Gefreiten als „Sahne-Ordonnanz" regelmäßig abholen. Eier wurden in Posten bis zu 500 Mark abgesetzt. Auch Zucker ging zentnerweise ab.

Bei all diesen Vergehen ist zu beachten, daß es sich nicht etwa um einen entlegenen landwirtschaftlichen Betrieb, sondern um ein Gut auf dem Kölner Stadtgebiet handelt, das als Musterbetrieb galt. Die Molkerei Bremer war die Hauptlieferantin für die Säuglingsmilch der Stadt Köln. Sie lieferte täglich bis zu 4500 Liter Milch. Durch einen Polizeibeamten, den eine Angestellte in den Kühlraum schmuggelte, wurde beobachtet, daß Bremer junior mehrere Kannen von je 20 Liter Wasser in die Bottiche mit Vollmilch schüttete. In einem Falle wurde fahrlässigerweise die Milch mit schmutzigem Badewasser gewässert. Gestohlen wurde auf dem Bremerschen Gute nach den Zeugenaussagen wohl von allen Angestellten. Sie fühlten sich sicher, weil sie glaubten, daß die selbst schwer belasteten Prinzipale nicht gegen sie vorzugehen wagten.

Der Skandal kam dadurch ins Rollen, daß die Kontoristin Helene Morr Gewissenbedenken hatte, die Vergehen noch weiter ruhig mitanzusehen. Sie wandte sich an den Reichstagsabgeordneten Genossen Meerfeld, der das Material dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete. So wuchtig sich die Beweisaufnahme gestaltete, so sehr ist durch sie dargetan, daß ohne die unmittelbare Mithilfe von Angestellten einem landwirtschaftlichen Betrieb selbst große Unregelmäßigkeiten nur schwer nachzuweisen sind. Gegen 100 Kölner Bürger, darunter bekannte Kölner Patrizierfamilien, die zu den verbotswidrigen Abnehmern Bremers gehören, schweben noch Strafanzeigen. Auch ein Verfahren wegen Bestechung von Polizeibeamten ist eingeleitet. Auffällig ist nämlich, daß mehrfache Anzeigen bei der Polizei nichts fruchteten. —

Freibank.

Mittwoch

7 Uhr	Nr.	2601—2700	11 Uhr	Nr.	3001—3100
8 „	„	2701—2800	12 „	„	3101—3200
9 „	„	2801—2900	1 „	„	3201—3300
10 „	„	2901—3000			

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. :: Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. :: Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. :: Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. :: Covercoat-Paletots 39.75 bis 88 Mk. :: Kostümröcke aus gemusterten Stoffen, Samt, Taft, leicht. Sommerstoffen 7.85 b. 42 Mk. 241

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Verpachtung einer Gastwirtschaft.

Die durch die Schönheit ihrer Lage weltbekannte und als Ausflugsort beliebte

Peißnitz-Gastwirtschaft

soll vom 1. April 1918 an neu verpachtet werden. 42768
Schriftliche Angebote erbitten wir bis

Sonnabend den 20. Oktober 1917

an das städtische Bureau für Grundeigentum, Rathausstraße 19. Die Verpachtungsbedingungen liegen daselbst aus, werden auch gegen 50 Pf. abgegeben.

Halle, den 27. September 1917. **Der Magistrat.**

Volksbildungsverein.

Dienstag, 9. Oktober, 8 Uhr abds., Kaiser-Wilhelms-Halle.
1. **Mit d. U-Boote gegen England.** (Lichtbildervortrag.) Eintritt für Mitglieder 10 Pf.
2. **Hauptversammlung.** Mitgliedskartenausgabe, Aufnahme neuer Mitglieder.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 10. Oktober
Anfang 7½ Uhr Ende 11 Uhr
Tannhäuser
Oper von Richard Wagner.
Donnerstag den 11. Oktober
La Serva Padrona.
Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer **10** Pf.

In Freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von **15** Pf.

Der Wahre Jacob — illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer **10** Pf.

Berliner Jllustrierte Zeitung — Einzelnummer **10** Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à **20** Pf.

Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 112. Halle, Dienstag den 9. Oktober 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. Oktober 1917.

Zuviel Kartoffeln!

Das Kriegsernährungsamt hat bisher, solange ein Ueberblick der Ernte noch möglich war, in vorsichtiger Weise bestimmt, daß die Gemeinden höchstens 7 Pfund pro Person und Woche verabfolgen dürften. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt gewaltig geändert. Die Kartoffeln rollen jetzt in so gewaltigen Mengen auf die Kommunen zu, daß sich diese der Fülle gar nicht mehr wehren können und den Versuch gemacht haben, die Kartoffelzufuhr einzudämmen. Damit sind sie jedoch auf den Widerstand der Reichskartoffelstelle gestoßen, die bestimmt hat, die zugerollten Kartoffeln müßten abgenommen werden. Da nun in den Großstädten ein großer Mangel an Gespannen vorhanden ist, so bildeten die mit Kartoffeln beladenen Eisenbahnwaggons eine stattliche Reihe auf den Güterbahnhöfen, die so verkehrserschwerend wirkte, daß sich die Eisenbahnverwaltung zu Zwangsentladungen veranlaßt sah. Daß aber die Kartoffeln auf diesem Leidenswege stark gelitten haben, ist erklärlich, noch dazu, da es sich nur zum geringsten Teil um dauerhafte Winterware handelt, sondern um die ersten Spätkartoffeln. Der Bevölkerung wird man jedoch kaum zumuten können, diese Ware für die Winterversorgung lagern zu lassen; deshalb wäre es notwendig gewesen, etwas elastischer zu sein und die Kopfquote zu erhöhen, sobald einigermaßen das Ernteergebnis festgestellt werden konnte.

Die Ursache dieser Ueberfüllung des Marktes wird darin erblickt, daß die Landwirte von der kürzlich vorgenommenen Ermäßigung des Kartoffelpreises von 6,50 Mark auf 5,50 Mark noch rechtzeitig Kenntnis erhalten haben und nun darauflos lieferten. Da sie von der Reichskartoffelstelle hierin unterstützt wurden, so war eine Desorganisation der ganzen Kartoffelversorgung die Folge. Große Mengen Kartoffeln konnten dadurch nicht in ihrem ursprünglichen Quantum der menschlichen Ernährung zugeführt werden. Die Gemeinden und letzten Endes die Steuerzahler sind wieder die Leidtragenden dieser verfahrenen Kartoffelversorgung. Einen besondern Anreiz zur Lieferung bilden die immer noch bestehenden Schnelligkeitsprämien, die nach vernünftigen Erwägungen doch wohl nur den Zweck haben sollten, fehlende Ware auf den Markt zu bringen, nicht aber die anrollende Warenmenge so zu vergrößern, daß die Ware nicht untergebracht werden kann und somit dem Verderben ausgesetzt wird. Auch zu Trocknungszwecken können nicht allzu große Mengen verwendet werden, da die Trocknungsstellen überlastet sind.

Da die diesjährigen Erscheinungen nicht neu sind, sondern sich in gleichem Umfang im Vorjahr bei der Lieferung der Herbstkartoffeln gezeigt haben, so hätte erwartet werden dürfen, daß durch ein Hand-in-Hand-Arbeiten von Lieferungsverband, Eisenbahn und Verbrauchergemeinde die Wiederkehr der vorjährigen Mißstände vermieden worden wäre. Das ist nun leider nicht der Fall gewesen, wie schon so oft. Manche amtliche Stellen lernen eben nie. —

---

* **Schleunige Auszahlung der Lehrerzulagen.** Der Kultusminister hat die Regierungen angewiesen, die neuen Kriegsteuerungszulagen für die Volksschullehrer und -lehrerinnen schleunigst auszuzahlen. —

Kein Schwanken und Ueberlegen

darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! — — Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsre Feinde zur Vernunft.

Darum zeichne!

* **Aerztekonflikte in Halle.** Der Verband der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen veröffentlicht regelmäßig unter der Ueberschrift „Cavette collegae!" ein Verzeichnis von Orten, in denen Kämpfe zwischen den Krankenkassen und Aerzten über Honorar- und ähnliche Fragen ausgefochten werden. In diesem Verzeichnis befindet sich nun auch seit langer Zeit die Stadt Halle a. d. S. Es handelt sich hierbei um Konflikte zwischen der Krankenkasse der Bauinnung sowie der Betriebskrankenkasse der Chemischen Werke in Ammendorf und dem hiesigen Aerzteverein. Die Aerzte werden aufgefordert, diese Kassen zu meiden. Daß hier die Bauinnungskrankenkasse, die auch sonst die unzulänglichsten Einrichtungen und Leistungen besitzt, nicht fehlt, ist nicht zu verwundern. Aber eine Frage sei doch gestattet: Die Herren Aerzte hatten doch vor einigen Jahren ein probates Rezept, um die Ortskrankenkasse zur Annahme ihrer Forderungen zu zwingen. Warum wird das bei Innungs- und Betriebskrankenkassen nicht angewendet? Versagt es hier vielleicht?

* **Die Bezugsscheine auf Winterkartoffeln aus dem Kreise Delitzsch** werden beim Ein- und Verkaufsverein des Bauernvereins, Magdeburger Straße 67, Dienstag vormittag von 1/8 bis 1/2 12 Uhr und nachmittag von 2 bis 5 Uhr ausgegeben. Zunächst kommen diejenigen Haushaltungen daran, die ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Talamtstraße 3, Hackebornstraße 4a, Ratswerder 3 (Paradies), Glauchaer Straße 19, Wörmlitzer Straße 16, Merseburger Straße 103, Liebenauer Straße 4, Landwehrstraße 14, Merseburger Straße 10 (Schultheiß), Martinstraße 16. Bei der Abholung ist der Lebensmittelschein vorzulegen und hierbei für jeden Zentner die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 25 Pfg. zu zahlen. Die Aushändigung der Bezugsscheine an die Haushaltungen der andern Markenausgabestellen erfolgt sofort nach erfolgter Ausfuhrgenehmigung des Landratsamts in Delitzsch.

Diese Mitteilung eher zu bringen, war uns leider nicht möglich, da sie vom Magistrat wieder einmal wie schon so oft erst in letzter Minute herausgegeben worden ist. Unsre hierdurch benachteiligten Leser mögen sich aber trotzdem noch um diese Bezugsscheine bemühen, die ihnen zweifellos auch gegeben werden müssen. —

* **Die Aushändigung der Bezugsscheine für Winterkartoffeln aus dem Saalkreis** wird bei der Kreiskartoffelstelle (Zentralgenossenschaft) Kronprinzenstraße 12, fortgesetzt. Am Dienstag und Mittwoch, vormittags von 1/2 9 bis 1/2 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 4 Uhr kommen diejenigen Haushaltungen daran, die ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Kurze Gasse 1, Am Güterbahnhof 3, Gr. Steinstraße 35; am Donnerstag und Freitag die Haushaltungen der Markenausgabestellen: Weidenplan 4 Henriettenstraße 3, Bernburger Straße 24. Bei der Abholung ist der Lebensmittelschein vorzulegen und für jeden Zentner die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 0,25 Mark zu zahlen. —

* **Anmeldung von Milchkunden.** Die Milchhändler und Milchlieferanten werden hiermit angewiesen, bei der jetzt zu bewirkenden Neuanmeldung zur Kundenliste zunächst nur die mit Vollmilchkarten versehenen milchversorgungsberechtigten Personen als Kunden anzunehmen. Wegen Anmeldung der Haushaltungen mit sogenannten Gelegenheitskarten erfolgt erst noch weitere Bekanntmachung. Etwa bereits bewirkte Anmeldungen sind als ungültig zu betrachten. —

* **Die noch fehlenden Anmeldungen zur Bestandsaufnahme von Fässern** sind unverzüglich dem Statistischen Amt zuzuführen, da die Reichsfaßstelle in Berlin die Erhebung zum Abschluß bringen muß. Die Meldepflichtigen sind namentlich bekannt, so daß in allen Fällen, in denen die Meldebogen bis spätestens Freitag den 12. Oktober nicht abgeliefert worden sind, die angedrohten Strafbestimmungen angewandt werden müssen. —

* **Für 7-Uhr-Ladenschluß der Konsumvereine.** Auf Anregung des Zentralverbandes haben 972 Konsumvereine mit rund 4500 Läden, in denen überwiegend Lebensmittel verkauft werden, sich für den 7-Uhr-Ladenschluß — Sonnabends 8 Uhr — als allgemein einzuführende Vorschrift für die künftige Friedenszeit ausgesprochen. —

* **Das Gewerkschaftskartell** hält am Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Volkspark" eine Sitzung ab. Unter anderm soll Stellung zur durchgehenden Arbeitszeit usw. genommen werden. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Statt Hinnerk zu antworten, schlug sich der Alte auf den Schenkel, und mit der Pfeife in dem einen Mundwinkel, lachte er mit dem andern ein dummes greisenhaftes Lachen.

„Wenn Sie mit Lachen fertig sind," sagte der Koch mit Würde.

„Aber, ich bin noch nicht fertig," meinte der Alte und entfernte seine Pfeife, um besser lachen zu können. „Die hier woll'n nach Piggots Bucht, Jan," wandte er sich an ein paar Fischer näher getreten waren.

„Was für'n Spaß!" sagte Jan, vor Freude strahlend. „Kommen Sie weit her?" fragte er.

„Kollerhaff," antwortete Hinnerk mit bestürzter Miene. „Wenn Sie mit Lachen fertig sind, wo steckt der Witz?"

„Das gibt gar keinen solchen Platz nich," entgegnete der Mann. „Das is man bloß so 'n Schnack hier in diese Gegend, weiter nix."

„Bloß was?" sagte der verwirrte Hinnerk mit schwacher Stimme.

„Es is bloß so 'n Schnack," erwiderte der andre, mit seinen Freunden Blicke wechselnd.

„Ich versteh Sie nich," sagte der Koch. „Wie kann 'n Ort 'n Schnack sein?"

„Ja, das kam von einem Menschen, der hier wohnen tat und der Käppen Piggot hieß," antwortete der Fischer, langsam sprechend. „Er wär 'n wunderlichen, komischen alten Mann, und er schnappte mal 'n bißchen über und ging nach — oh — Südamerika, war's ja wohl, Karl?"

„Ich glaub wohl," sagte der Alte.

„Er dacht, er hätt 'ne neue Insel entdeckt," fuhr der Fischer fort, „und er ging an Land und hißte die deutsche Flagge und nannte sie nach sich Piggots Bucht. Wenigstens das is das, was seine Leute uns erzählten, als sie nach Hause kamen. Und jetzt, wenn einer 'n bißchen übergeschnappt is, sagen wir, er sucht Piggots Bucht. Das is bloß so'n Ulk hier."

Er fing wieder an zu lachen, und Hinnerk, der mit Bedauern bemerkte, daß er ein großer, starker Bursche war, wandte sich ab und folgte in den Fußtapfen des Koches, der bereits den Aufstieg in die Klippen begonnen hatte. Auf der Höhe hielten sie an und blickten zurück; Fischbek lachte noch immer.

Einer gemeinsamen Idee von ihrer persönlichen Sicherheit Folge gebend, schlugen sie sich landeinwärts; denn sie zogen ein paar Kilometer mehr einer Begegnung mit Schorse vor. Zum Sprechen verspürte keiner große Lust, und so trotteten sie mißgestimmt die staubige Landstraße entlang mit trockenen Lippen und schmerzenden Beinen.

Um sieben Uhr langten sie wieder auf der „Seemöwe" an, und Fiedje, der allein an Bord war, mit freundlichen Worten und schmeichelhaften Komplimenten begrüßend, brachten sie ihn dahin, ihnen Kaffee zu kochen.

„Wo is Schorse?" fragte Hinnerk so nebenbei, als er ihn trank.

„Hab ihn seit Mittag nicht gesehn," sagte der Junge. „Ich dacht, er wär am Ende mit Euch."

Hinnerk schüttelte den Kopf und ging, nachdem er sein Abendessen beendet hatte, mit dem Koch an Deck, wo er sich den Genüssen seiner behaglichen Siesta hingab. Ermüdet von ihren Anstrengungen, bewegte sich keiner von ihnen vor neun Uhr, dann stiegen sie mit einem Abschiedsblick in der Richtung, von der Schorse erwartet werden konnte, nach unten und legten sich schlafen.

Sie ließen die Lampe brennen, zur großen Freude Fiedjes, der beim Lesen war, und als es irgendwo in der Stadt zehn schlug, wechselten sie besorgte Blicke bezüglich Schorses Sicherheit über das Logis hinüber. Sicher und warm in ihren Kojen liegend, kam beiden der Gedanke, daß sie vielleicht doch etwas selbstsüchtig gehandelt hatten. Eine halbe Stunde später blickte Fiedje plötzlich auf, als etwas Weiches auf Deck sprang und auf das Logis zu gepatscht kam. Im nächsten Augenblick wich sein Erstaunen der Entrüstung und er begann heftig zu schimpfen.

„Schorse!" schrie er mit schriller Stimme, „Schorse!"

„Halt den Schnabel!" sagte Schorse wütend, indem er sich keuchend auf eine Schiffskiste setzte. „Oh, mein Gott, was hab ich durchgemacht!"

„Ich muß mich über Sie wundern," sagte Fiedje streng, indem er einige Decken aus der Koje zog und sie über den erschöpften Matrosen warf. „Wo is Ihr Schamgefühl, Schorse?"

„Wenn Du bloß noch ein Wort sagst, reiß ich Dich Deinen häßlichen kleinen Kopf ab!" rief Schorse zornig. „Wenn ich kein Schamgefühl nich haben tät, denn wär ich bei Tage nach Haus gekommen. O, was hab ich durchgemacht! Was hab ich durchgemacht!"

„Wo is Ihr Zeug?" fragte Fiedje.

„Wie zum Henker soll ich das wissen?" schnob der andre ihn an. „Ich ließ es am Strande, als ich 'n Bad nehmen wollte, und als ich wieder an Land kam, war es weg. Ich hab da auf den verdammten kalten Kies seit drei Uhr diesen Nachmittag gesessen und keine Seele ließ sich sehn! Das is das erste Mal, daß ich Käppen Häseler gesucht hab, und auch das letzte Mal."

„O, da sind Sie also drauf los gewesen," sagte Fiedje. „Ich hab Euch ja gleich gesagt, daß Ihr bloß Unheil anrichten würdet."

„Du weißt 'n ganzen Posten zuviel für Dein Alter," knurrte Schorse, „daß Du Dich nich unterstehst und Hinnerk und den Koch was sagst, verstanden?"

„Warum nich?" sagte Fiedje.

„Weil ich Dich sag, Du sollst es nich," entgegnete Schorse ergrimmt.

„Vielleicht wissen sie's schon," sagte Fiedje ruhig. „Es scheint mich, als wenn Hinnerk in seinen Schlaf horchen tät."

Schorse erhob sich und trat an die Kojen seiner beiden Kameraden, deren Schlaf er sorgfältig inspizierte. Darauf wiederholte er seine Warnung, verschärft durch schreckliche Strafandrohungen für etwaigen Ungehorsam, und stieg dann in seine Koje, um seinen Kummer zu verschlafen.

Er bewahrte sein Geheimnis den ganzen nächsten Tag, aber seine Bestürzung, als er am Dienstag morgen erwachte und sein Zeug in einem unordentlichen Paket von braunem Papier auf Deck liegend fand, führte zur Offenbarung des Geheimnisses. Er erzählte sowohl Hinnerk wie dem Koch davon, und beide stiegen gewaltig in seiner Achtung, als er fand, daß sie die Angelegenheit nicht als Scherz behandelten, wie er gefürchtet hatte. Ja, sie lächelten nicht mal, noch machten sie viel Wesen davon; sie hörten apathisch zu, und sobald er fertig war, fielen sie, wo sie saßen, in Schlaf, eine Taktik, die sie bei jeder Gelegenheit während des ganzen Tages befolgten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0005

* **Oeffentliche Versammlung des Bundes Hallescher Privatbeamtenvereine.** Wie der Krieg so manches früher als selbstverständlich Scheinende über den Haufen geworfen und sowohl tatsächliche als auch nur eingebildete Gegensätze ausgeglichen hat, so hat er auch den alten Widerstreit der einzelnen kaufmännischen Vereine ausgelöscht, so daß diese am letzten Sonnabend in den „Thaliasälen“ eine gut besuchte Versammlung abhalten konnten. Während der erste Redner der Geschäftsführer P. Hörner aus Magdeburg, die traurigen Gehaltsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten beleuchtete, sprach der zweite Redner über die ungenügende Kohlenversorgung der Bevölkerung, die durchgehende Arbeitszeit und die vollständige Sonntagsruhe. Beide Herren verfügten über reichhaltiges Material und ernteten reichen Beifall. Nur war eigentümlich, daß Herr Hörner wohl über ungenügende Bezahlung von Angestellten aus Magdeburg zu berichten wußte, nicht aber über solche von Halle. Und daß auch in Halle bei verschiedenen Firmen überaus traurige Verhältnisse herrschen, ist ein offenes Geheimnis, und der Vortragende hätte sicher auch entsprechendes Material erhalten können, wenn er dort angeklopft hätte, wo es angebracht war, nämlich beim Zentralverband der Handlungsgehilfen. Aber bezeichnenderweise war gerade dieser Verband nicht in dem Reigen der opponierenden Vereine vertreten. Es ist auch hierbei wieder die alte Tatsache zu verzeichnen, daß, obwohl die Handlungsgehilfen auch heute noch immer „schlechter gestellt sind als ungelernte Arbeiter“, der leidige Dünkel die Herren abhält, sich mit der einzigen Organisation zu verbinden, die in Wirklichkeit praktische Arbeit leistet. Aus diesem Grunde haben aber auch diese Versammlungen nur den Wert von Schaustellungen. Den ernsten Worten der Redner werden auch diesmal wieder die Taten — nicht folgen, und die Halleschen Herren Arbeitgeber werden sicher tun wie bisher, weil sie wissen, daß ihre Angestellten nicht einmal den Mut zum Sprechen finden. Nachdem die beiden Vortragenden ihre gewiß beherzigenswerten Ausführungen gemacht hatten und der Leiter der Versammlung für die gegenwärtige Direktion der Iduna eine Lanze eingelegt hatte, die im Gegensatz zu der der Mitteldeutschen Versicherungsgesellschaft ein warmes Herz für die Angestellten zeige, wurden zwei längere Resolutionen, die ihre Zustimmung zu den Ausführungen der Vortragenden ausdrückten, angenommen. Sodann erfolgte etwas plötzlich — noch vor 11 Uhr — Schluß der Versammlung. —

* **Neue Einschränkung des Eisenbahnverkehrs?** Nach der „Vossischen Zeitung“ schweben an maßgebender Stelle neuerdings Erwägungen, mit Rücksicht auf die notwendige Ersparnis im Kohlenverbrauch, den Personenverkehr auf der Eisenbahn noch weiter einzuschränken. Man denkt in erster Linie daran, den besonders starken Sonntagsverkehr zu beschränken. In welcher Weise dies durchzuführen sein wird, ist gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen. In jedem Falle dürfte jedoch von der Einführung polizeilicher Zulassungsscheine zum Reiseverkehr abgesehen werden, da sich diese Maßnahme kaum durchführen lassen würde. —

* **Oeffentliche Vermahnung wegen rückständiger Steuern!** Der preußische Finanzminister hat, wie die „Neue politische Korrespondenz“ mitteilt, einer Anzahl städtischer Verwaltungen genehmigt, daß während des Krieges bei der Erhebung der direkten Staats- und Gemeindesteuern die vorgeschriebene Mahnung nicht durch Zustellung von Mahnzetteln, sondern durch öffentliche Bekanntmachung erfolgt. Nach Ablauf der Frist findet die kostenpflichtige Beitreibung statt. —

* **Versager bei der Straßenbeleuchtung.** Es ist mehrfach beobachtet worden, daß einzelne Laternen der öffentlichen Beleuchtung noch bei Tageslicht gebrannt haben. Von der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke wird uns dazu mitgeteilt, daß es sich in solchen Fällen um einzelne Versager handelt, die bei dem außerordentlich herabgeminderten Personal nicht immer mit der wünschenswerten Schnelligkeit aufgefunden werden können. Bekanntlich ist bei Wiederinbetriebnahme der öffentlichen Beleuchtung die allgemeine Einführung der zentralen Zündung vom Gaswerk mit dem sogen. Druckwellenfernzünder erfolgt. Umstände, deren nähere Darlegung hier zu weit führen würde, lassen die Druckwelle, die die Zündung sämtlicher Apparate zu gleicher Zeit verursachen soll, nicht immer bei allen Laternen voll zur Wirkung kommen. Solche Laternen zünden dann nicht abends, sondern erst bei der nächsten Druckwelle, morgens, und es wird notwendig, sie dann von Hand wieder richtig einzuschalten, was naturgemäß Zeit erfordert, weil die ganze Strecke abgefahren werden muß. Die Ersparnisse an Material und Arbeitskräften infolge der Einführung zentraler Zündung sind so erheblich, daß demgegenüber der an sich geringfügige Gasverlust bei einzelnen Versagern keine Rolle spielt. —

* **Bestrafter Gurkendiebstahl.** Die Arbeiter Emil Gr. und Karl Pö. aus Halle waren dabei ertappt worden, als sie etwa 600 Stück Gurken stehlen wollten. Jetzt hatten sie sich deswegen vorm Schöffengericht zu verantworten. In Anbetracht ihres seitherigen unbescholtenen Lebenswandels wurden ihnen mildernde Umstände zubebilligt und gegen Gr. 5 Tage, gegen Pö. 8 Tage Gefängnis festgesetzt. —

* **Der Hallesche Knappschaftsverein** beschloß, auf die siebente Kriegsanleihe 1½ Millionen Mark zu zeichnen. —

* **Versand von Braunkohle auf dem Wasserweg.** Der Reichskommissar für die Kohlenversorgung willigte laut „Köln. Ztg.“ ein, daß die Vorschrift, nach der der Versand von Rohbraunkohle, für den Hausbrand nicht über 50 Kilometer und für Industriebrand nicht über 100 Kilometer erfolgen darf, beim Verfrachten zu Wasser nicht in Anwendung kommt. —

* **Straßenbahnzusammenstoß.** In der Hallorenstraße fand zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Bierwagen ein Zusammenstoß statt, wobei am Motorwagen die vordere Plattform eingedrückt wurde. Verletzt wurde niemand. —

* **Kleine Brände.** Am Sonntag nachmittag wurde die Feuerwehr nach einer Wohnung in der Julius-Kühn-Straße gerufen, woselbst vermutlich durch glühende Asche eine Holzkiste in Brand geraten war. Die Wehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. Später wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Platanenstraße gerufen. Durch Fahrlässigkeit zweier Knaben war dort Heu und Stroh, das sich in einem Stallgebäude befand, in Brand geraten. Auch eine im Stalle befindliche Ziege und ein Kaninchen verbrannten. Nach eineinhalbstündiger Tätigkeit kehrte die Feuerwehr wieder ins Depot zurück. —

Die „Vaterländischen“

haben nun auch im Saalkreis eine Bude aufgemacht. Sie waren vor einigen Tagen in Halle beisammen, „Vaterlandsfreunde der verschiedensten Stände unsers Saalkreises“, und schufen einen „Zweigbund“ der jüngst in Königsberg gegründeten, von aller Parteipolitik unabhängigen Vaterlandspartei“. Mit einmütiger Entschiedenheit verwahrte man sich gegen einen unzeitigen, schwächlichen Verzichtfrieden, der das Unglück des Vaterlandes und die Verelendung unsers ganzen Volkes in allen seinen Ständen bedeuten würde. „Daß Deutschland nur einen glücklichen und ehrenvollen Frieden eingehen kann, der all die kostbaren Opfer wert sei und dessen wir uns vor Kindern und Enkeln nicht zu schämen haben, diesem unbeugsamen Siegeswillen wird auf die in ihrer vaterländischen Gesinnung oft bewährte Bevölkerung unsers Saalkreises einen kraftvollen Ausdruck zu verleihen wissen, damit Hindenburgs Geburtstagswunsch sich erfülle, daß der deutschen Eiche Licht und Luft geschaffen wird zu freier Entfaltung!“

Die Geschäftsführung des neuen Zweigvereins wurde einem engern Ausschuß übertragen, in den Kreisschulinspektor Busse, Oekonomierat Weiche, Pfarrer Balthasar, Amts- und Gemeindevorsteher Höhn und Fabrikdirektor Holz gewählt wurden. Außerdem bildeten sich einzelne Ortsgruppen. An Mitgliederbeiträgen zeichneten die Anwesenden auf der Stelle 3500 Mark. Sie lassen es sich also etwas kosten, diese Herrschaften.

Wir wünschen dem neuen Unternehmen viel Glück. Möge es in der neuen Aufmachung erfolgreicher sein als in den alten, da es sich Alldeutscher Verband, Unabhängiger Ausschuß usw. nannte. —

*

— **Das Fehlen eines Gewerbegerichts im Saalkreis** macht sich immer mehr als ein großer Mangel bemerkbar. Das Gewerbegericht in Halle ist im allgemeinen nur für Streitigkeiten mit solchen gewerblichen Unternehmern zuständig, die ihren Betriebssitz in Halle haben. In vielen Orten des Saalkreises befindet sich aber eine lebhafte Industrie, die sich in den letzten Jahren, besonders während des Krieges, stark entwickelt hat. Es sei nur auf Ammendorf, Büschdorf, Diemitz usw. verwiesen. In einigen Betrieben, wie z. B. bei Pringler & Söhne, ist auch die Zahl der gewerblichen Streitigkeiten sehr groß. Bei der Umständlichkeit aber, die das jetzt nötige Anrufen des Amtsgerichts verursacht, verzichten viele Arbeiter auf die Verfolgung ihrer wohlbegründeten Rechtsansprüche. Das ist wiederum manchen Unternehmern sehr lieb. Jedenfalls wäre es sehr wohl möglich, für den Saalkreis ein eignes Gewerbegericht zu errichten oder wenigstens die Orte in der Nähe von Halle dem Halleschen Gewerbegericht anzugliedern. Das Gewerkschaftskartell Halle hat schon einmal, vor sieben Jahren, eine solche Reglung angestrebt, leider ohne Erfolg. Inzwischen haben sich aber die Dinge so entwickelt, daß bessernde Maßnahmen unerläßlich sind. —

* **Bei der Sparkasse des Saalkreises** betrugen im September 1917 die Einzahlungen 1 459 780 Mark in 3448 Posten gegen 763 101 Mark in 2520 Posten im gleichen Monat des Vorjahres. Die Rückzahlungen betrugen 861 270 Mark in 2392 Posten gegen 626 843 Mark in 2913 Posten im gleichen Monat des Vorjahres.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Haferflocken. Von Dienstag an jede Person ¼ Pfund auf Marke 106 des Warenbezugsscheins 10.

Zwiebeln. Von Dienstag an jede Person 1 Pfund auf Marke 107 des Warenbezugsscheins 10. —

Edamer Käse. Mittwoch vormittag 8 bis 12 Uhr Nr. 35001 bis 38500, nachmittag 2 bis 6 Uhr Nr. 38501 bis 42000 des Lebensmittelscheins. Jede Person ⅛ Pfund in der Talamtschule.

Obst. Mittwoch vormittag 8 bis 12 Uhr Nr. 14001 bis 17500, nachmittag 2 bis 6 Uhr Nr. 17501 bis 21000 des Lebensmittelscheins. Jede Person 2 Pfund Aepfel in der Talamtschule.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Sinfoniekonzert. Die Konzertsaison des Stadttheater-Orchesters wurde am Sonnabend recht vielversprechend begonnen. Das Orchester wartete zunächst mit der G-Moll-Sinfonie von Mozart auf, deren geradlinigen Bau und schlichte Tongebung es ohne große Schwierigkeiten meisterte, am vollendetsten wohl in dem Andante-Satz. Den Höhepunkt erreichte es aber mit den „Idealen“ von Liszt, dieser wunderbar farbenprächtigen und ergreifenden sinfonischen Dichtung, die eine ganze Skala von Gemütsbewegungen durcheilt, vom Leidenschaftlich-Hinreißenden an bis zum Pathetisch-Feierlichen, und die am Ende in ein machtvoll gesteigertes Hoheslied von den Idealen ausklingt. Hier zeigte das Orchester, daß es alle Feinheiten herauszuholen versteht, sowohl im kräftigsten Forte wie im zartesten Pianissimo. Und darin wird es von Herrn Kapellmeister Braun meisterhaft geleitet, der mit jedem Taktschlag zu erkennen gab, daß er nicht nur die Partitur beherrschte, sondern auch den Geist, der gerade in dieser Dichtung lebt. Eine wertvolle Bereicherung erhielt das Programm durch die Mitwirkung des Pianisten Edwin Fischer. Dieser Künstler spielte zunächst mit dem Orchester das Es-Dur-Konzert von Mozart, jene außerordentlich klangschöne und nuancenreiche Komposition, die den Schöpfer des „Figaro“, der „Zauberflöte“ und so weiter kaum wiedererkennen läßt und die so überraschend starke Uebergänge bereits zu Beethoven aufweist. Er spielte sie in vollkommener Vollendung und mit einer tiefen Wirkung auf die Zuhörer, konnte das aber allein dadurch, daß er nicht nur eine außergewöhnlich gute Fingergeläufigkeit sein eigen nennt, sondern auch einen wunderbar feinen Anschlag, der die zartesten Töne in ausgezeichnetster Reinheit herauszuholen versteht, vor allem jedoch, weil er kein Blender, kein Virtuose ist, sondern mit und in seinem Spiele lebt und allein darauf bedacht ist, auch die tiefsten Tiefen der von ihm gespielten Komposition emporzuheben. Ausgezeichnetes leistete dabei wiederum das Orchester, das willig auf alle Eigenheiten des Pianisten einging. Im übrigen spielte Herr Fischer allein noch ein Notturno von Chopin und den „Erlkönig“ von Schubert in der Bearbeitung von Liszt, beides in seiner Gegensätzlichkeit mit ebenfalls ausgezeichneter Vollendung, und mit dem Erfolg, daß er sich gleich zu mehreren Zugaben an das begeisterte Publikum verstehen mußte. Vielleicht sehen wir ihn bald einmal wieder.
cw.

*

Stadttheater. Der Spielplan der Woche bringt folgende Werke: Dienstag: „Es lebe das Leben“, von Sudermann. Mittwoch: „Tannhäuser“, von Richard Wagner. Donnerstag die Oper „La Serva Padrona“, anschließend das Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Freitag: „Figaros Hochzeit“. Sonnabend: „Der Bettelstudent“. Am Sonntag kommt die komische Oper „Giroflé-Girofla“, von Lecocq, zur Erstaufführung. —

Ueber Gestaltungsfragen des Stils hat Herr Dr. Hagen am Freitag in der Handwerkerschule den zweiten Teil seiner öffentlichen kunstgeschichtlichen Vorträge begonnen, den von der Renaissance bis zur Gegenwart, nachdem er im Winter vorher das Altertum bis zur Renaissance behandelt hatte. Er gab vorerst einige grundlegende Betrachtungen, vor allem, daß die mittelalterliche Weltanschauung mit ihrem religiös-mystischen Insichkehren zum Verflüchtigen aller greifbaren Vorstellungen in der Kunst trieb, zum Symbolisieren, und dabei von selbst zur hauptsächlichsten Pflege der Architektur kam, — während die hiernach einsetzende kritisch-rationelle Weltauffassung mit ihrem Verlangen nach Faßbarem, nach dem Urgrund aller Dinge und alles Geschehens die greifbare Darstellung in der Kunst betrieb und somit nicht nur die ursprünglich nach innen konzentrierte Architektur auflöste, sondern auch allmählich die Malerei als selbständiges Glied herausarbeitete, die anfangs nur Hilfsmittel gewesen war. In den folgenden Vorträgen, die während des ganzen Winterhalbjahrs jeden Freitag von 6 Uhr an gehalten werden, soll das im einzelnen noch zur Abhandlung kommen. Sie versprechen jedenfalls sehr viel, da Herr Dr. Hagen nicht nur ein vorzüglicher Vortragender ist, bei dem jeder Satz an seinem Platze steht, sondern auch ein ausgezeichneter Kunstkenner, der mühelos aus dem vollen schöpft. Die Darlegungen werden durch ausgezeichnete Lichtbilder ergänzt. Der Zuhörerpreis beträgt für sämtliche Vorträge nur 6 Mark.
cw.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Den Reigen der Vorträge eröffnet in diesem Jahre Herr Professor Dr. Karl Schmidt am Donnerstag den 11. Oktober, abends 8½ Uhr. Er spricht über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität“ (mit Lichtbildern), ein Thema, das in der jetzigen Zeit ganz besonderes Interesse verdient, wird doch damit ein Wirtschaftsgebiet besprochen, das nicht nur allgemein, sondern vor allem für unsre Gegend von großer Bedeutung ist. Die Vorträge finden in den „Thalia-Sälen“ statt, und zwar jeweils Donnerstags abends 8½ Uhr. Leider können die Vorträge nicht mehr vollständig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Der Reinertrag ist für das Säuglings- und Kinderheim und die Kinderhorte des Bundes und seine Ernährungs-Fürsorge bestimmt. Eintrittskarten können von der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, bezogen werden, ferner an der Abendkasse. Diejenigen, die Dauerkarten bezogen haben und einzelne der Vorträge nicht besuchen können, werden im Interesse der guten Sache gebeten, die Geschäftsstelle hiervon jeweils zu benachrichtigen, damit an den betreffenden Abenden die Plätze weiter vergeben werden können. Da fast alle Plätze vergriffen sind, müssen Interessenten sich stark beeilen. —

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Deutsche Grube bei Bitterfeld, Bauermeister u. Söhne, A.-G. Die Gesellschaft erzielte in dem am 31. März beendeten Geschäftsjahr Betriebsüberschüsse von 823 543 Mark (i. V. 711 183 Mark). Die Generalunkosten betrugen 343 456 Mark (328 819 Mark), die Abschreibungen 225 230 Mark (190 978 Mark). Ueber die Verwendung des Reingewinns von 272 870 Mark (206 717 Mark) (i. V. 7 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 2½ Millionen Mark) wird nichts mitgeteilt. —

— Gänsediebe. Am Freitag nachmittag versuchten zwei junge Leute in einem hiesigen Geschäft zwei frisch geschlachtete Gänse zu verkaufen, die aus der Art der Abschlachtung vermuten ließen, daß sie auf unehrliche Weise erworben waren. Die Verkäufer, die Arbeiter Richard P. aus Wolfen und Otto N. aus Mühlbeck, gestanden auch nach anfänglichem Leugnen ein, die Gänse in Greppin gestohlen und dort abgeschlachtet zu haben. Der P. ist außerdem verdächtig, vor einiger Zeit mehrere Enten gestohlen zu haben. —

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Woche vom 7. bis 13. Oktober werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 1 Pfund rote Rüben zum Preise von 15 Pfg. auf Bezugsschein Nr. 25, 400 Gramm Marmelade zum Preise von 48 Pfg. auf Bezugsschein Nr. 26. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag bis einschl. Sonnabend. — Es steht noch ein Posten Zwiebeln zur Verfügung, der, soweit der Vorrat reicht, zu den frühern Bedingungen Donnerstag den 11. Oktober an diejenigen Versorgungsberechtigten abgegeben werden soll, die bei der letzten Ausgabe nicht berücksichtigt worden sind. —

— Ein Wechsel über 150 000 Mark ist Sonnabend früh von einem Beamten der kgl. Zollverwaltung verloren worden. Der Wechsel war für die hiesige Provinzialhauptkasse bestimmt. Um einer mißbräuchlichen Ausnutzung vorzubeugen, ist die Einlösung des wertvollen Papiers sofort gesperrt worden. —

— Zur Fettversorgung wird amtlich geschrieben: In der letzten Zeit sind zahlreiche Klagen über die ungenügende Fettversorgung in unserm Kreise laut geworden. Den zuständigen Stellen wurde hierbei vorgeworfen, sie hätten es an den erforderlichen Maßnahmen zur Erfassung der Milch fehlen lassen. Diese Vermutung trifft nicht zu. Die Milcherzeugung ist infolge des außerordentlichen Futtermangels, der noch durch die hohen Abgaben von Heu und Stroh an die Militärverwaltung vergrößert wird, erheblich zurückgegangen. Daher ist trotz der Erfassung der Milch durch den im südlichen und westlichen Teile des Kreises bereits angeordneten Zwangsanschluß der Landwirte an die Molkereien sowie die Schließung der privaten Zentrifugen und Butterfässer eine Erhöhung der Milchmenge bisher nicht in dem gewünschten Umfang eingetreten. Ferner muß der Kreis noch auf Grund der aus Friedenszeiten her bestehenden Milchlieferungsverträge über 280 000 Liter Milch monatlich ausführen, die der eignen Buttererzeugung des Kreises verlorengehen. Der Kreis ist infolgedessen auf Zuschüsse von der Provinzialfettstelle angewiesen, die aber in letzter Zeit größtenteils aus Margarine bestanden und außerdem noch unregelmäßig eintrafen. Die Provinzialfettstelle veranlagt die im Kreise zu erzeugende Buttermenge nach einem bestimmten Durchschnittsmilchertrag für jede Kuh einschließlich der trockenstehenden und zu Anspannzwecken verwendeten. Sie berechnete diesen Durchschnittsmilchertrag bisher auf 4½ Liter täglich und wies demgemäß dem Kreis einen Zuschuß von monatlich rund 4000 Kilo Fett in Gestalt von Margarine und Butter zu. Da der Durchschnittsmilchertrag zu hoch erschien, hat der Kreis in über 200 Kuhställen Probemelken veranstalten lassen. Dabei wurde einwandfrei nachgewiesen, daß der durchschnittliche Milchertrag höchstens 3½ Liter beträgt. Nach langen, eindringlichen Vorstellungen bei der Provinzialfettstelle hat diese schließlich auf Grund der angestellten Ermittlungen den Durchschnitts-Milchertrag von 3½ Liter angenommen. Sie weist dementsprechend in Zukunft 15 000 Kilogramm Fett in Gestalt von Margarine und Butter monatlich dem Kreise zu. Es besteht daher begründete Hoffnung, daß der Kreis in den nächsten Wochen eine höhere Fettmenge als bisher verteilen kann. —

Weißenfels. Die städtische Leihanstalt, Marienstraße 1a, ist Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends geöffnet. Es ist somit allen Pfandinteressenten ausreichend Gelegenheit gegeben, sich ohne Inanspruchnahme von Mittelspersonen (Pfandvermittlern) an die Leihanstalt direkt zu wenden, wodurch unnötige Nebenkosten vermieden werden. Die Beamten der Leihanstalt sind zur strengsten Geheimhaltung aller Vorkommnisse verpflichtet. —

Weißenfels. Verkauf von Kinderstrümpfen. Die dem Magistrat zur Verfügung gestellten Strümpfe für die bedürftige Bevölkerung der Stadt Weißenfels sollen jetzt verkauft werden. Zum Verkauf gelangen vorläufig Kinderstrümpfe, Größe 1 bis 9. Der Verkaufspreis beträgt 1,58 Mark bis 3,10 Mark, je nach Größe. Die Abgabe darf nur gegen Bezugsschein und gegen eine Bescheinigung, daß Bedürftigkeit vorliegt, erfolgen. Bezugsscheine werden nach Prüfung der Notwendigkeit in den betreffenden Bezugsscheinbureaus ausgestellt, die Bedürftigkeitsbescheinigung gegen Vorlegung des Bezugsscheins auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 12. —

— Verlegung des Ernährungsamts. Vom 8. Oktober an werden die Diensträume des städtischen Ernährungsamts (bisher Rathaus, Zimmer 13) nach dem Grundstück Klosterstraße 8 verlegt. Der Verkehr mit dem Publikum findet täglich von 8 bis 1 Uhr statt, dagegen werden Mehlanweisungen an Bäcker und Mehlhändler werktäglich nur von 8 bis 9 Uhr vormittags erteilt. In demselben Grundstück wird auch das städtische Fleischbureau untergebracht. —

Wittenberg. Diebstähle. Aus der Aula des Melanchthon-Gymnasiums ist während der Gesangsstunde einem Fräulein der Wintermantel, den sie in der Garderobe abgegeben hatte, im Werte von 150 Mark gestohlen worden. — Einem etwa 8jährigen Schulmädchen wurde am Schwanenteich das Portemonnaie mit 2 Mark und zwei Zuckerkarten aus dem Handtäschchen gestohlen. Hier gelang es der Polizei sehr bald, Schulmädchen als Diebe zu ermitteln. — Als in einem Geschäft in der Kollegienstraße eine Dame für mehrere Familien die diesen zugewiesene Butter einholte, ist ihr ein Paketchen, enthaltend die Butter für vier Personen, gestohlen worden. — Einer in der Schloßstraße wohnenden Arbeiterin ist aus ihrem in der verschlossenen Stube auf dem Tische liegenden Portemonnaie ein Zwanzigmarkschein gestohlen worden. —

Zeitz. Unfälle an Maschinen. Nachdem vor kurzem erst bei der Firma Geißler u. Dinger je ein Unfall an der Kreissäge und Abrichtmaschine zu verzeichnen war, die einen jugendlichen Arbeiter und eine Arbeiterin betrafen, wobei Fingerverletzungen in Frage kamen, müssen wir heute wieder drei Unfälle notieren. Bei der Firma Fahr verunglückte eine Arbeiterin sowie ein Maschinenarbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen, wobei es sich um Finger- und Armverletzungen handelt. Weiter verlor in dem Betrieb der Firma Näther eine Arbeiterin an einer Holzbearbeitungsmaschine mehrere Fingerglieder. — Das Schlachtfeld der Industrie will neben dem Schützengraben auch seine Opfer haben. Jedoch könnten diese zumeist vermieden werden. —

— Braunkohlenwerke Leonhard in Zipsendorf. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 6 Prozent Dividende vor. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171009-11/fragment/page=0006